

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal excl. Postgeld. Bestellungen  
nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Kotlischerdamm 23 I.

Inserate  
pro vierseitige Zeilengruppe 30 Pf.,  
Stellengruppe 20 Pf.; für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Beram-  
lungsanzeigen 20 Pf., Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 22.

Berlin, den 29. Mai 1909.

25. Jahrgang.

## Unser Pfingsten!

Nun blühen Wald und Heide ...  
Es trägt ihr Pfingstgewand  
Die Birte: Silberseide  
Und Däfte haucht das Land.  
Die weißen Blumensterne  
Hüllt gülden Leuchten ein.  
Um Nähe und um Ferne  
Spinnt Sommer Sonnenschein.

Ein Klingen und ein Singen  
Durchhaucht, durchbraust die Welt:  
Die letzten Knospen springen,  
Die letzte Hülle fällt.  
Licht quillt in alle Herzen,  
Licht dringt in jedes Haus  
Und treibt die letzten Schmerzen  
Des kalten Winters aus.

Schaut um euch: es will sagen!  
Den Sieg errang das Licht!  
Wer will da feig verzagen,  
Dah nie die Kette bricht —  
Die Kette, die wir schleifen  
An Fuß und Hals und Hand?  
Auch unsre Frucht wird reifen  
Im Zukunftssonnenbrand.

In Blüte steht das Hoffen,  
Das unsre Herzen schwellt;  
Der steile Weg liegt offen  
In unsre Zukunftswelt!  
Wir pilgern ihn — mag Lüge  
Ihn sperr'n auch und Verrat!  
Kühn heben wir die Blicke:  
Auch unser Pfingsten naht!

Rauh ist und felsumschlossen  
Der Pfad, der aufwärts weift;  
Doch uns ward ausgegossen  
Ein neuer heil'ger Geist.  
Eng schloß er seine Bande  
Und rief uns in den Krieg:  
Arbeiter aller Lande,  
Harrt aus! Euch winkt der Sieg!

Und wie jezt Wald und Heide  
Blüht rings im Sonnenschein,  
So soll voll Glanz und Freude  
Auch unsre Zukunft sein!  
Ein Klingen und ein Singen  
Mit jedem Herzensschlag  
Soll alle Welt durchdringen  
An unsrem Pfingstentag!

Ludwig Geffen.

## Die Konkurrenz durch die Arbeit der Gefangenen.

I.

Für unseren Beruf ist die Frage der Konkurrenz durch die Arbeit der Inhaftierten von Strafgefangenen in letzter Zeit recht aktuell geworden. Den ersten Anlaß hierzu gab das bekannte Rundschreiben der Gefangenenarbeitskassen des Untersuchungsgefängnisses in Breslau, das wir bereits in Nr. 42 des Vorjahres unsern Mitgliedern zur Kenntnis brachten. Raum war dieses offiziell als Eigenmächtigkeit eines Inspektionsbeamten hingestellt worden, als die Direktion des Strafgefängnisses zu Preungesheim bei Frankfurt am Main mit einem ähnlichen Rundschreiben hervortrat und die kaum beschwichtigte Erregung ob der Breslauer Vorgänge erneut und nachhaltiger zum Durchbruch kommen ließ.

Die Klagen über die Konkurrenz der Arbeit der Gefangenen sind genau so alt, als es eine solche gibt. Schon vor Jahrzehnten haben sich die Parlamente mit demselben zu befassen gehabt, allerdings ohne eine sonderliche Milderung herbeizuführen. Da ist es nun überaus nützlich und interessant zu wissen, welchen Umfang denn eigentlich die Arbeit der Gefangenen hat, resp. in welchem Umfange sie auf den freien Arbeitsmarkt drückt. Im allgemeinen herrscht über den Umfang der Gefangenenarbeit ein undurchdringliches Dunkel. Das rührt vor allem daher, daß es an einer einheitlichen Zusammenstellung über die Art der Beschäftigung der Gefangenen gefehlt hat. (Es ist hier immer nur von Gefangenen oder Strafgefangenen die Rede, ohne auf die diversen Unterabteilungen, wie sie von den Behörden gemacht werden und die uns hier weniger

interessieren, Bezug zu nehmen. Unter Gefangenen verstehen wir hier kurz alle ihrer Freiheit verlustig gegangenen Personen, die entweder auf eigenen Wunsch oder durch Zwang ihre Strafzeit mit täglicher Arbeit ausfüllen. Ausgeschlossen sind die Inhaftierten von Arbeitshäusern, Korrekzionshäusern und ähnlichen Anstalten.) Diese Unkenntnis des wirklichen Umfangs der Gefängnisarbeit hatte schon früher zu den absonderlichsten Vorkommnissen geführt. So petitionierten 1890/91 22 Innungsverbände an das preussische Abgeordnetenhaus, eine Milderung in der Beschäftigung der Gefangenen herbeizuführen. Verursacht war die Petition durch das Mac-Kinley-Zolltarifgesetz der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welches die Einfuhr von durch Gefangene hergestellte Waren oder Artikel verbot. Dabei war, wie sich nachdem herausstellte, an dem amerikanischen Export nur ein Fabrikant beteiligt, der seine Waren im Gefängnis herstellen ließ. Und obendrein hatte er seinen Vertrag mit der betreffenden Gefängnisverwaltung bereits gekündigt.

Seit dieser Petition haben sich die Parlamente noch oft mit der Gefangenenarbeit beschäftigt und zuletzt stand dieser Gegenstand im Reichstag am 16. Januar 1905 zur Verhandlung. Der Reichstag ertheilte damals der Regierung den Auftrag, alljährlich mit dem Reichshaushalt eingehende statistische Mitteilungen über die Beschäftigung der Sträflinge vorzulegen, aus welchen zu ersehen sein soll der Umfang der Beschäftigung 1. für den eigenen Bedarf der Anstalt, 2. für Herstellung von Waren für den Verkauf auf eigene Rechnung, 3. für Dritte gegen Lohn, sowohl auf gewerblichem Gebiet unter Bezeichnung der Industriegruppen, als auch in der Landwirtschaft, sodann der tägliche Durchschnitts-

verdienst der Sträflinge und der Gesamtwert der von ihnen hergestellten Produkte. Das Resultat dieses Beschlusses war eine Denkschrift über die Beschäftigung der Gefangenen in den zum Vollzuge gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen bestimmten Anstalten, die im Februar 1907 dem Reichstag vorgelegt wurde. Die statistischen Erhebungen, die am 1. Dezember 1905 vorgenommen wurden, sind nach Angabe der Denkschrift so schwierig, daß dem Wunsche des Reichstages, solche alljährlich vorzunehmen, nicht entsprochen werden kann. Diese Denkschrift ist darum das einzige Werk, welches über den Umfang der Gefangenenarbeit in Deutschland in zusammenfassender Weise Aufschluß gibt. Von 69 797 (davon 7011 weiblichen) von der Statistik erfaßten Gefangenen waren 15 408 (davon 2490) mit Haus- und sonstigen Arbeiten für die Gefängnisverwaltung selbst beschäftigt. Für andere Staatsverwaltungen und Staatsbetriebe sowie für die Reichsverwaltung und Reichsbetriebe waren 11 695 (davon 1048 weibliche) tätig, für Kommunalverbände und Genossenschaften mit Staatsunterstützung 449. Das sind 27 452 (darunter 3538 weibliche) Strafgefangenen, die für den Staat oder staatliche oder kommunale Betriebe tätig sind. Die übrigen 42 345 werden vom Privatkapital ausgebeutet, 3473 von diesen sind weibliche. Die Arbeitsteilung ist eine ziemlich umfangreiche; es sind 67 verschiedene Tätigkeitszweige vertreten, von denen drei auf die Buchbinderei und deren verwandte Berufe entfallen. Es sind dies: 1. Kartonnagen-, Stuis-, Portefeuille- und Zugspapierfabrikation, Buchbinderei und Anfertigung von Briefumschlägen, 2. Zigarettenspißfabrikation (Papp-

Es waren Beschäftigt in	Kartonnagen-, Etuis-, Portefeuille- u. Luxus- papierfabrikation, Buch- binderei, Anfertigung von Briefumschlägen		mit Zigarrenspitzen- machen (Papparbeit)		mit Neben von Lüten und Papparbeiten		Zusammen	
	überhaupt		überhaupt		überhaupt		überhaupt	
	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private	dabon für Private
Preußen . . . . .	885 (8)	647 (8)	.	.	2477 (145)	2476 (144)	8812 (158)	8123 (152)
Bayern . . . . .	84	68	.	.	735 (87)	735 (87)	819 (87)	808 (87)
Sachsen . . . . .	400 (19)	386 (19)	63	63	671 (10)	671 (10)	1184 (29)	1120 (29)
Württemberg . . . . .	52 (11)	45 (11)	.	.	111	111	163 (11)	156 (11)
Baden . . . . .	52	49	.	.	339 (19)	339 (19)	391 (19)	388 (19)
Hessen . . . . .	90	90	.	.	109 (8)	109 (8)	199 (8)	199 (8)
Mecklenburg-Schwerin . . . . .	2	.	.	.	16	16	18	16
Oldenburg . . . . .	.	.	.	.	17	15	17	15
Braunschweig . . . . .	1	.	.	.	.	.	1	.
Sachsen-Altenburg . . . . .	.	.	.	.	8	8	8	8
Sachsen-Coburg-Gotha . . . . .	28	27	.	.	.	.	28	27
Sachsen-Meiningen . . . . .	1	.	43	43	.	.	44	43
Anhalt . . . . .	2	2	.	.	1	1	8	8
Hamburg . . . . .	51	49	.	.	98	98	149	147
Bremen . . . . .	2	2	.	.	18	18	20	20
Lübeck . . . . .	.	.	.	.	12	12	12	12
Saß-Lothringen . . . . .	8	4	.	.	123	123	181	127
	1608 (38)	1369 (38)	106	106	4730 (214)	4727 (213)	6444 (252)	6202 (251)

\*) Die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten weibliche Gefangene; deren Zahl ist jedoch in den Hauptzahlen bereits miteinhalten.  
arbeit) und 3. Neben von Lüten und Papparbeiten. Auf diese drei Gruppen entfallen 6444 (davon 252 weibliche) Beschäftigte. 90 von diesen (1 weiblich) arbeiten für die Gefängnisanstalten selbst, 152 männliche Gefangene für andere staatliche oder kommunale Betriebe. Das Gros, 6202 Gefangene, davon 251 weibliche, stellt seine Arbeitskraft in den Dienst des Privatkapitals und zwar werden 4071 (186) vom Unternehmer direkt ausgebeutet, 540 sind in der eigenen Regie der Anstalten tätig, 1588 (65) arbeiten „für sonstige Dritte gegen Lohn“, während 3 für Anstaltsbeamte tätig sind.  
Am schwächsten vertreten ist das Zigarrenspitzenmachen. Damit werden 106 Personen beschäftigt und zwar arbeiten 95 für den Unternehmer direkt und 11 für sonstige Dritte gegen Lohn. Zwei Bundesstaaten, Sachsen und Sachsen-Meiningen haben diesen Tätigkeitszweig eingeführt. Die Strafanstalt Untermaßfeld in Sachsen-Meiningen beschäftigte 43 Gefangene mit Zigarrenspitzenmachen, die Strafanstalt Hoheneck in Sachsen 52 und die Gefangenenanstalt in Dresden 11.  
Mit Neben von Lüten und Papparbeiten werden 4730 (davon 214 weiblich) Personen beschäftigt, die fast vollzählig in Dienste des Privatkapitals treten: nur drei (darunter eine weibliche) arbeiten für die Gefängnisanstalten selbst. Für den Unternehmer direkt sind 3075 (159) tätig, für eigene Regie der Anstalten 167 und für sonstige Dritte gegen Lohn 1485 (54). Neben von Lüten und Papparbeiten findet sich in 14 Bundesstaaten. Der Hauptanteil entfällt dabei auf Preußen mit 2477 (145). Einzelne Strafanstalten beschäftigten eine ganz hervorragende Anzahl von Ge-

fangenen damit, die sechs Anstalten Berlins allein 943 (78), davon das Stadtvogteigefängnis 472 (76), das Strafgefängnis in Tegel 188 und das Untersuchungsgefängnis Berlin-Neubau 161. Weitere große Beteiligungsziffern weisen noch auf das Gefängnis in Düsseldorf-Derendorf mit 162 (19), das in Hameln 92, das Gerichtsgefängnis Wiesbaden 79, Herzord 75, Dortmund 70, Magdeburg-Sudenburg 66 (19), Verden-Ruhr 64, Hannover 61, Köln und Siegburg-Michaelsberg je 58, Königsberg 55 und Gelsenkirchen 53. Weitere zwölf Anstalten zählen mehr als 20 und zwar in Stettin 45, Neumünster 42, Halle 41, Aachen und Bonn je 40, Frankfurt-Oder 35, Köslin 33, Glogau 32, Görlitz und Essen je 28, Anstalt 25 und Prenzschheim 20. Vierzehn Anstalten weisen bis zu 20 mit Neben von Lüten und Papparbeiten beschäftigte Gefangene auf.

Auch die Strafanstalten in Bayern beschäftigt mit einer gewissen Vorliebe die Gefangenen mit Neben von Lüten und Papparbeiten. 735 (davon 37 weibliche) wurden gezählt. Diese verteilen sich auf die Anstalten in München mit 236 (23), Straubing 142, Zweibrücken 96, Frankenthal 49, Raiferslautern 43, Würzburg 28, Bamberg 14, Hof 11, Nürnberg 7 und Passau 5. Von den Strafanstalten in Sachsen beschäftigten 7 Gefangene mit Neben von Lüten usw. und zwar die in Leipzig (269), Plauen (135 davon 19 weibliche), Dresden (97), Zwickau (89), Chemnitz (51), Bayreuth (15) und Freiberg (6). In Württemberg finden sich in Heilbronn 51 und in Gall 16, in Heffen in Mainz 40, in Buchbach 36 und in Darmstadt 14, und in den Anstalten in Baden in Bruchsal 81, Karlsruhe 62, Mannheim 51, Freiburg 49 und Nastatt 13 in diesem Tätigkeits-

zweig Beschäftigte. Von den übrigen Bundesstaaten weisen auf Schwaben 16 (Dreieberg 9, Büchlow 7), Oldenburg 17 (Weska 2, Oldenburg 15), die Hansestädte 116 (Hamburg 98, Bremen 18) und Saß-Lothringen 123 (Straßburg 61, Mühlhausen 33, Zabern 14, Metz 8 und Colmar 7) Gefangene auf, die mit Neben von Lüten und Papparbeiten beschäftigt werden.

Mit Kartonnagen-, Etuis-, Portefeuille- und Luxuspapierfabrikation, Buchbinderei und Anfertigung von Briefumschlägen werden 1608 (davon 38 weibliche) Gefangene beschäftigt. 1869, darunter selbstverständlich sämtliche weibliche, werden vom Privatkapital ausgebeutet und zwar arbeiten 901 (27) für den Unternehmer direkt, 373 für eigene Regie der Anstalten, 92 (11) für sonstige Dritte gegen Lohn und drei für Anstaltsbeamte. Die für die eigenen Bedürfnisse der Anstalten oder für sonstige staatliche Verwaltungen, also nicht für das Privatkapital tätigen Gefangenen dieses Tätigkeitszweiges verteilen sich auf fast sämtliche Strafanstalten. Es entfallen auf die Mehrzahl von diesen allerdings nur immer 1, 2, 3 oder höchstens 5. Eine Ausnahme hiervon macht Anrath im Rheinland mit 84, die Briefumschläge anfertigen, sodann die Anstalt in Halle mit 31, Danzig mit 18 und Breslau mit 26 Buchbindern. Die für den Privatunternehmer Tätigen verteilen sich auf 34 Orte, ein Zeichen, daß der Großbetrieb vorherrscht, was vor allem bei den Anstalten in Preußen zum Ausdruck kommt. Obenan steht wieder Berlin mit 369 Personen (Tegel mit 258, Köpenick mit 111), dann folgen Kassel (52), Gommern bei Magdeburg (51), Köln (46), Neuwied (32), Neu-Muppin (26), Prenzlau (19), Krefeld (11), Frankfurt a. O. (6) und Schweidnitz (4). Von den Anstalten in Bayern haben vier die Buchbinderei oder deren direkte verwandte Berufe eingeführt. Es sind dies Nürnberg (27), Lichtenau (25), München (13) und St. Georgen-Neureuth (3). Die Anstalten in Sachsen tragen wieder den unterkennbaren Charakter als Großbetriebe. In nur sechs Anstalten sind 386 Gefangene mit Buchbinderei usw. beschäftigt. An erster Stelle steht Hoheneck mit 163, dann kommt Zwickau mit 86, Bayreuth mit 71, Waldheim mit 42, Voigtberg mit 19 (nur weibliche) und Dresden mit 5 Gefangenen. Ein bemerkenswerter Betrieb befindet sich in Buchbach in Hessen (90), während Württemberg und Baden die Buchbinderei und deren verwandte Berufe nur in geringem Maße eingeführt haben. In Württemberg finden wir nur Ulm mit 39 (11 weibliche), Ludwigsburg 5 und Rottenburg 1, in Baden Bruchsal 18, Freiburg 16, Mannheim 13 und Nastatt 2. Außer den bereits genannten Bundesstaaten finden wir die Buchbinderei noch in Sachsen-Coburg-Gotha (Nichtershausen 27), Anhalt (Coswig 2), in den Hansestädten (Hamburg 49, Bremen 2) und in Saß-Lothringen (Zabern 2).

### Der Traum des Richters.

Von Etbin Kristan.

(Schluß.)

Der Traum war erschöpft. Grämlich war davon am Morgen ganz erschöpft und verstört. Als er ins Gerichtsgebäude kam, fiel sein schlechtes Aussehen allen auf. Dem stets nüchternen Manne fiel es schwer, seine Gedanken beisammen zu halten. Auf dem Gerichtssperpetoire stand die Verhandlung gegen einen ehemaligen Studenten, der gänzlich heruntergekommen und angeklagt war, einen ihm ganz fremden Herrn im Walde überfallen und seiner Wertschaft beraubt zu haben. Grämlich konnte sich aber nicht von der Idee frei machen, daß der gestern verurteilte Dieb wieder vor den Schranken stehe, nachdem er die gestern zubilliarte Strafe abgehört und wieder gestohlen hatte. Sogar im Gerichtssaal irrte er mehrmals und rief den Angeklagten wiederholt mit dem Namen des gestrigen Verurteilten. Mehrere Zuhörer meinten, er habe einen nervösen Tag.

Meiermann stellte sich schon zu Beginn der Verhandlung auf seinen Lieblingsstandpunkt. Schon in der Anklage waren, wo es nur halbwegs möglich war, die gewagtesten Phrasen über Vererbungstheorie, über angestammte Verbrechenanlagen und über physiologische Merkmale des Raubtiermenschen eingeflochten. Sobald sich im Laufe des Verhörs Gelegenheit ergab, verlangte Meiermann Aufklärungen über die Eltern und Großeltern des Angeklagten. Dieser sollte während der Untersuchungs-

haft sehr in sich gefehrt, schweigsam und ruhig gewesen sein, ja sogar gerührt ausgesehen haben. Auch bei der Schlussverhandlung beantwortete er die ersten Fragen geradezu schüchtern. Aber plötzlich geriet er in Harnisch. Als sich Meiermann nach seinen Eltern erkundigte, rief er gereizt: „Lassen Sie wenigstens den Toten im Grabe Ruhe! Ich habe meine Tat eingestanden, aber meine armen Eltern tragen daran keine Schuld und sind ja auch nicht angeklagt.“ Meiermann ließ sich jedoch nicht verblüffen. Er bestand auf seinem Antrag, verwahrte sich aber sofort dagegen, daß etwa der Verteidiger es versuchen sollte, daraus Vorteile zu ziehen, indem er etwa gar auf eine Untersuchung des Geisteszustandes seines Klienten spekulieren würde. Und wieder fuhr der Angeklagte empor.

„Ich habe gestanden!“ rief er, „und habe infolgedessen ein Recht darauf, nicht noch weiter zwecklos gequält zu werden, denn es ist mir nicht bekannt, daß die Tortur noch gestattet wäre. Man braucht übrigens gar nicht verrückt zu sein, um doch ein Verbrechen begehen zu müssen. Jetzt stehe ich wegen dieses Verbrechens hier, aber nur dieses Verbrechens wegen; gerade so wie der Herr Staatsanwalt nur wegen seiner Anklage da ist. Ich werde im Kampfe mit ihm nicht fragen, ob er roten oder weißen Wein trinkt, ob er blonde oder brünette Mädchen liebt, ob er Tarot oder Skat spielt, obwohl man mit einiger Zungengläubigkeit nachweisen könnte, daß all dieses zur Sache gehört. Ihr Herren habt über meinen Raub zu urteilen, ich werde dafür meine Strafe erleiden, und es ist das Geringste, was ich verlangen kann, daß die Strafe

nicht schon vor meiner Beurteilung durch allerlei zwecklose Dinge verschärft wird.“

Dies wurde Meiermann zu bunt. Er warf sich in Positur und verlangte, daß der Angeklagte zu rechtgewiesen werde. Zu seiner größten Verwunderung aber sagte Grämlich, als ob er Meiermann gar nicht gehört hätte, ruhig und mit sichtbarem Interesse: „Neben Sie weiter.“

Der Angeklagte erwiderte: „Ich habe vorderhand nichts mehr zu sagen.“

Meiermann war ärgerlich, schrie jedoch den Zwischenfall der heutigen unerklärlichen Gerfrentheit des Vorstehenden zu und zog keine Konsequenzen daraus. Nichtsdestoweniger setzte er seine Methode fort. Das Vorleben des Angeklagten sollte wie ein offenes Buch vor ihm liegen, und jeden Buchstaben daraus wollte er kennen. Zu jedem einzelnen Moment machte er seine Bemerkungen. Eine Weile ließ es der Angeklagte wieder ruhig über sich ergehen, hörte teilnahmslos die Zeugenaussagen, beantwortete resigniert die an ihn gerichteten Anfragen und schien schon ganz apathisch geworden zu sein. Da machte Meiermann die Bemerkung: „Das Bild ist ja ganz klar; das Böse mußte früher oder später zum Durchbruch kommen, der Angeklagte mußte ein Verbrecher werden.“

Mit elementarer Gewalt rissen diese Worte den Angeklagten aus seiner Bethärgie. Seine matten Augen bekamen plötzlich wieder einen lebhaftesten Glanz, mit klarer, ausdrucksvoller Stimme begann er zu reden:

„Mein, das Bild ist noch nicht klar; aber ich will auf Ihre Leinwand die richtigen Farben

**Internationales.**

**Schweiz.** Am 29. bis 31. Mai findet in Zürich der 12. ordentliche Verbandstag des Schweizerischen Buchbinderverbandes statt. Dieser Verbandstag beschäftigt sich neben den üblichen Tätigkeitsberichten mit einem Vertrag zwischen den graphischen Organisationen der Schweiz, mit der Anstellung eines Sekretärs, der Einrichtung eines Arbeitsnachweises, der Einführung einer Gaeinteilung, sowie mit einer ganzen Reihe eingegangener Anträge. Der Vertrag zwischen den graphischen Organisationen der Schweiz ist abgeschlossen zwischen den Verbänden der Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder und Hilfsarbeiter. Er besagt, daß in gemischten Betrieben im Interesse eines solidarischen Handelns bei Stellung von Forderungen oder sonstigen das Arbeits- und Organisationsverhältnis berührenden Fragen mit den beteiligten Organisationen eine Verständigung herbeizuführen ist. — Der Jahresbericht des Schweizerischen Buchbinderverbandes liegt in zwei Sprachen gedruckt vor. Er konstatiert einleitend, daß die Befürchtungen so vieler Pessimisten, daß durch die Erhöhung der Beiträge der Verband Mitglieder verlieren würde, nicht eingetroffen seien. Auch die Kassenabschlüsse zeigen trotz der erhöhten Ausgaben für Unterstützungen einen guten Fortschritt. Das bemerkenswerteste im Berichtsjahr ist die versuchte Fusion mit dem Hilfsarbeiterverband. Ueber deren negativen Ausgang berichteten wir bereits. Bei der Urabstimmung erklärten sich 257 Mitglieder des Buchbinderverbandes und 136 des Hilfsarbeiterverbandes für den Zusammenschluss, 241 Mitglieder des Buchbinderverbandes und 748 des Hilfsarbeiterverbandes dagegen. Die Folge dieses Abstimmungsergebnisses war die Errichtung einer zweiten Beitragsklasse für die weiblichen Mitglieder und Hilfsarbeiter, nachdem ein Uebereinkommen mit dem Hilfsarbeiterverband zwecks Regelung der Agitationsgebiete getroffen worden war. Nach diesem Uebereinkommen gehören alle gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Buchbindereien, Schreibbüchereifabriken und Buchbinderabteilungen anderer Geschäfte beschäftigt sind, in den Buchbinderverband, alle anderen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes in den Hilfsarbeiterverband. Im Verlauf des Berichtsjahres war weiter der Versuch zur Bildung eines Industrieverbandes gemacht worden. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht erledigt und dürften angesichts der ablehnenden Haltung des Hilfsarbeiterverbandes auch kaum durchgeführt werden. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 10 945,49 Fr. und eine Ausgabe von 10 601,57 Fr. Die Krankenkasse verzeichnete 10 912,87 Fr. und gab aus 10 883,50 Fr. Die Arbeitslosen- und Wanderunterstützungskasse

balanziert mit 3183,46 Fr. Der Reservefonds nahm ein 5631,25 Fr.; er gab aus 5558,57 Fr. Das Vermögen des Schweizerischen Buchbinderverbandes belief sich am 31. 12. 1908 auf 26 425,02 Fr. gegen 17 406,48 Fr. am Jahresanfang. Davon sind enthalten in der Verbandskasse 5696,01 Fr., in der Krankenkasse 6685,62 Fr., in der Arbeitslosen- und Wanderunterstützungskasse 7036,26 Fr. und 6957,13 Fr. bilden den Reservefonds. Die Zunahme beträgt 9018,54 Fr.

Zu dem bevorstehenden Verbandstag des Schweizerischen Buchbinderverbandes war auch eine Einladung an unsern Verbandsvorstand sowie an das Internationale Sekretariat ergangen. Der Einladung konnte jedoch nicht stattgegeben werden, da die augenblickliche Geschäftslage gebot, von der Entsendung eines Delegierten Abstand zu nehmen. Den Verhandlungen unserer schweizerischen Kollegen aber wünschen wir vollen Erfolg.

**Dänemark.** Der dänische Buchbinderverband hielt am 25. April seine jährliche Repräsentantenschafts-Versammlung ab, die sich aus Vertretern sämtlicher Ortsabteilungen zusammensetzt. Im Bericht des Vorstandes bemerkte der Verbandsvorsitzende Olesen, dass das verflossene Jahr reich an Ereignissen war nicht nur für unseren Beruf, sondern auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen. Zunächst muss hier die Massenaussperrung in den graphischen Gewerben im August 1908 erwähnt werden. Mitglieder des Buchbinderverbandes waren dabei 685 ausgesperrt und ihre Unterstützung kostete den Verband gegen 3000 Kronen, obwohl die Aussperrung nur sieben Werktage dauerte. Obwohl nach dem Verbandsstatut für die erste Woche keine Unterstützung gezahlt wird, hielt man es doch in diesem Fall mit Rücksicht auf die besonders traurige wirtschaftliche Lage für angebracht, den Ausgesperrten für 3 Tage Unterstützung zu zahlen. Die Aussperrung hatte dann noch zur Folge, dass 4 Kolleginnen aus der Steindruckerei von Søborg Nachf. unter dem Vorgeben, dass die Firma ihre Buchbindereiabteilung aufhebe, nicht wiederingestellt wurden. Sie wurden dann mehrere Wochen unterstützt, wobei der Verband der Buchdrucker und der der Lithographen, derentwegen ja die grosse Aussperrung veranstaltet worden war, je ein Drittel der Unterstützung zahlte. — Die Aussperrung selbst ist bekanntlich zugunsten der Arbeiterschaft verlaufen. — Sie hat für den Buchbinderverband das Gute mit sich gebracht, dass Kolleginnen, die bisher nicht zu gewinnen waren, der Wert der Organisation klar wurde. Die Mitgliederzahl ist von 848 auf 996 gestiegen. Von den Mitgliedern gehören 968 männliche und 354 weibliche der Abteilung Kopenhagen an, 159 männliche und 55 weibliche den Provinzialabteilungen. Im vorigen Jahre, vor der

grossen Aussperrung, waren in Kopenhagen nur 276 Kolleginnen organisiert. In Odense auf Fünen sind infolge der graphischen Aussperrung 42 Kolleginnen, meist Kartonarbeiterinnen, für den Verband gewonnen worden. In dieser Stadt war auch eine Lohnbewegung der Kartonbranche geplant; sie musste jedoch vertagt werden, als es sich zeigte, dass die grosse Masse der Arbeiterinnen noch nicht genügend von dem Organisationsgedanken durchdrungen war, um einen Lohnkampf mit Erfolg zu bestehen.

In Kopenhagen wie in den Provinzialabteilungen beschäftigten die Mitglieder sich gründlich mit der Frage, ob es zweckmässig wäre, die geltenden Tarifverträge auf den 1. Juli 1909 zu kündigen. Wegen der allgemein schlechten Geschäftslage kam man zu dem Entschluss, auf die Kündigung zu verzichten, so dass nun in diesem Jahre keine allgemeine Lohnbewegung stattfindet.

Die furchtbare Wirtschaftskrise hat selbstverständlich auch auf das Buchbindergewerbe ihren Einfluss geltend gemacht. Die Zahl der Arbeitslosen war zwar nicht viel grösser als in früheren Jahren, aber die Arbeitslosigkeit war für die davon betroffenen Mitglieder viel langdauernder als früher. Sonst werden doch in der Zeit vom Oktober bis Dezember fast alle Arbeitskräfte in Anspruch genommen; diesmal aber war in Kopenhagen sogar kurz vor Weihnachten noch ein Dutzend Mitglieder arbeitslos. Viele Mitglieder hatten die ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung für 70 Tage aufgebraucht, und 15 bis 20 erhielten dann in jeder Woche weitere Hilfe durch die vom Gesamtverband der Gewerkschaften veranstaltete Landeseinsammlung zur Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen der verschiedenen Berufe.

Aus der Verbandskasse unserer Kollegen wurden zur Landeseinsammlung 500 Kronen beigesteuert; auch die Lokalkassen haben ihren Mitteln angemessene Beiträge dazu geliefert und ausserdem wurden zum selben Zweck Werkstatteinsammlungen veranstaltet, wobei die arbeitenden Mitglieder in Kopenhagen allein zirka 1400 Kronen aufbrachten.

Ueber die Arbeiterbrauerei „Stjernen“, von der der Buchbinderverband Teilhaber ist, wurde berichtet, dass ihr Umsatz trotz der schlechten Zeiten sich beständig erhöht. Es sind Erweiterungen und Neuanschaffungen in der Brauerei erfolgt. Der Ring der Privatbrauereien, die natürlich in dem wachsenden Absatz des Arbeiterunternehmens eine Gefahr erblickten, vermag die Entwicklung nicht aufzuhalten. Die Arbeiter-Lebensversicherung, die bekanntlich eine Filiale der Staatsversicherungsanstalt ist, breitet sich auch immer mehr aus.

Der Verband hatte im vorigen Jahr einen Vertreter zum Verbandstag der norwegischen Bruder-

auftragen. Es ist wahr: das Böse in mir mußte zum Durchbruch kommen und ich mußte dasjenige werden, was der Staatsanwalt einen Verbrecher nennt. Nur weiß und versteht er es nicht, wie das so kommen mußte. Er scheint trotz aller Pfaffen über Deszendenz und Vererbung nicht zu wissen, daß das Böse in uns allen schlummert. Unserer Raubtiernatur entspricht es nicht nur, wenn ich in einem Moment des wildesten Hasses gegen die Gesellschaft, die mich, den einst braven, idealistisch denkenden Burshen mit dem weichsten Herzen, immer tiefer hinunterbrückte, einen ihrer Repräsentanten, ohne ihn zu kennen und ohne zu fragen, wer und was er sei, überfiel und mit dem Raube meinen Magen füllen wollte, in welchem der wüthende Hunger wühlte; derselben Raubtiernatur entspricht es, wenn der Staatsanwalt alle seine Künfte spielen läßt, um meine Verurteilung herbeizuführen; noch mehr: um mich als so abscheulich darzustellen, als es nur geht, ohne um die andere Schuld zu fragen, um das eiserne Ruch, welches mich zum Verbrecher gemacht hat, wie es ihn unter Umständen zum Verbrecher machen könnte. Ihm genügt nicht die Strenge des Gesetzes; vom toten Buchstaben will er sich emanzipieren, auf einen höheren Standpunkt will er sich stellen. Nun, so folge ich seinem Beispiel. Ich protestiere gegen diesen Ankläger, ich protestiere gegen dieses Gericht, gegen diese Geschworenen. Ich verlange, daß man einen Gerichtshof zusammenstelle, bestehend aus Männern, die absolut unfähig wären, meine Tat zu verüben. Diese Männer müssen genau in dieselben Verhältnisse versetzt werden wie ich, sie dürfen mit noch mehr

Idealismus ausgestattet werden als ich es war, müssen aber dann von Tag zu Tag, von Schritt zu Schritt alle Not, alles Elend, alle Demütigungen und Entwürdigungen erdulden, welche ich erdulden mußte; wie ich müßen sie verstoßen werden aus der Welt des Genusses in die Welt der Pein und des Hungers, aus der Welt der Liebe in die Welt des Hasses und der Verachtung, und wenn sie dann keine Tat begehen, welche meiner gleichen würde, dann will ich ihre Kompetenz anerkennen. Ich verzichte darauf, daß diese Männer die gleiche Abstammung und die gleichen physiologischen Merkmale aufweisen mühten wie ich; ich verlange weniger als der Staatsanwalt. Mir genügt schon die Gleichheit der Verhältnisse nach der Geburt. Das ist mein konkreter Antrag. Sie werden ihn wohl abweisen, aber ich erkläre, daß Sie dann mit Unrecht über mich Recht sprechen werden; Sie werden sogar den Geist Ihres Gesetzes verletzen, weil Sie mich bestrafen werden, ohne mich und meine Tat verstanden zu haben."

Es war eigentümlich. In diesem Gerichtssaale hatten sich schon komische und tragische und tragikomische Szenen abgespielt. Aber ein Auftritt wie dieser war ganz neu. Vielleicht lag darin der Grund, daß der Angeklagte, ohne durch irgend jemand unterbrochen zu werden, zu Ende reden konnte. In seinen immer lebendigeren Worten lag eine eigenartige Würde, die auf das Auditorium tiefen Eindruck machte. Man verstand ihn nicht, aber man war unwillkürlich ernst, ergriffen, wie bei einer heiligen Handlung. Aber nachdem er geendet, erhoben sich zu gleicher Zeit der Verteidiger und der Ankläger.

Jener wollte nun wirklich die Untersuchung des Geisteszustandes seines Klienten beantragen, dieser aber eine strenge Disziplinarstrafe fordern. Grämlich bemerkte beide nicht. Ihm war es, als stünde die Erscheinung aus dem letzten Traum vor ihm. Wieder rieselte es so kalt durch sein Rückgrat und die Worte flangen wie ein Gewitter in seinen Ohren. In allen Gliedern fühlte er ein nervöses Zittern. Dann begann langsam, dann rascher und fühlbarer ein schwerer Druck von seinem Gehirn zu weichen, zugleich aber breitete sich darin etwas Zwingendes, etwas Gewaltiges, Unwiderstehliches aus. Er erhob sich und die nervöse Aufregung verlor sich wie durch einen Zauber. Mit fester Stimme sprach er:

"Die Verhandlung ist unterbrochen. Ich erkläre mich für inkompetent; den übrigen Herren steht es frei, ihren Entschluß nach eigenem Gewissen zu fassen."

Das war der Kulminationspunkt des Tages. Alles war sprachlos, niemand wußte, was tun. Aber Grämlich legte, ohne sich um die Umgebung zu kümmern, die Amtsmütze ab, sog die Loga aus und entfernte sich ruhig und langsam . . .

Der Gerichtssaalreporter, der mir diese Geschichte erzählte, konnte oder wollte mir nicht sagen, was mit Grämlich geschehen ist; beim Gericht trat er nicht mehr auf. Der gewesene Student wurde zu drei Jahren Kerker beurteilt und ergriff kein Rechtsmittel gegen das Urteil.

organisation entsandt, wodurch die internationale Verbindung um so mehr gefestigt wurde. —

In der Diskussion über den Bericht wurde angeregt, einen gemeinsamen Streikfonds für die graphischen Gewerbe zu schaffen. Der Verbandsvorsitzende stellte demgegenüber fest, dass bei der grossen Aussperrung im vorigen Jahr ganz von selbst und ohne Schwierigkeit sich ein gemeinsames Handeln der betroffenen Organisationen entwickelte, dass ja auch, wie oben erwähnt, die Buchdrucker und die Lithographen sich ohne weiteres verpflichtet fühlten, ihr Teil zur Unterstützung der gemassregelten Arbeiterinnen aus dem Buchbinderverband beizutragen, und dass demgemäss die Gründung einer gemeinsamen Streikkasse nicht erforderlich sei. — Der Tätigkeits- sowie der Kassenbericht wurden einstimmig gutgeheissen.

Sodann teilte der Verbandsvorsitzende ein Schreiben des Norwegischen Buchbinderverbandes mit, das sich auf Anmerkungen des Internationalen Buchbindersekretariats über das zwischen den skandinavischen Buchbinderverbänden bestehende Uebereinkommen bezieht. Es handelt sich hierbei darum, dass die skandinavischen Verbände laut dieses Uebereinkommens bei Lohnkämpfen erst nach vierwöchiger Dauer zu gegenseitiger Hilfeleistung verpflichtet, während in den allgemeinen internationalen Abmachungen eine solche Beschränkung nicht vorgesehen ist, so dass, wie jüngst bei der schwedischen Aussperrung, das eigentümliche Verhältnis eintreten kann, dass die anderen ausländischen und nur moralisch verpflichteten Verbände früher mit Hilfe bei der Hand sind, als die vor allem dazu verpflichteten skandinavischen Bruderverbände. Das Internationale Sekretariat hatte dazu erklärt, dass diese Frage auf der nächsten internationalen Konferenz eingehend behandelt werden müsse. Die Repräsentantschaftsversammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Ferner wurde ausführlich über die Organisation der Kartonbranche gesprochen, die noch immer grosse Schwierigkeiten bietet, namentlich deswegen, weil die Löhne der Kartonarbeiterinnen so niedrig sind, dass ihnen die Verbandsbeiträge als zu hoch erscheinen. Es wurden Vorschläge gemacht, für sie eine besondere Abteilung mit niedrigen Beiträgen zu errichten. Schliesslich wurde eine Resolution angenommen, durch die die Abteilung Kopenhagen ermächtigt wird, eine besondere Abteilung der Kartonbranche ins Leben zu rufen.

Zur weiteren Unterstützung der Landes-einsammlung für die ausgesteuerten Arbeitslosen der Gewerkschaften wurden nochmals 500 Kronen bewilligt. Dann fanden die Wahlen der Vertreter zum Gesamtverband der Gewerkschaften, zur Brauerei „Stjernen“, zur Arbeiter-Lebensversicherungsgesellschaft und zum Nörrebro's Versammlungshaus statt, das ebenfalls ein gemeinsames Unternehmen der Arbeiterschaft ist.

In der Repräsentantschaftsversammlung der Arbeitslosenkassen der Buchbindereiarbeiter berichtete der Geschäftsführer Kollege Olesen, dass die Arbeitslosigkeit namentlich in der letzten Hälfte des Rechnungsjahres sehr gross war. Gleichwohl hat die Kasse noch mit einem Vermögenszuwachs von zirka 2400 Kronen abgeschlossen. Für den bevorstehenden Sommer muss man jedoch auf eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit gefasst sein. Die Mitgliederzahl, die am 1. November 1907 bei der Staatsanerkennung der Kasse 755 war, stieg bis zum 31. März 1908 auf 790. Inzwischen hat eine weitere starke Zunahme der Mitgliederzahl stattgefunden, wie ja auch die des Verbandes stark gewachsen ist. Die Jahresabrechnung ergab eine Erhöhung des Kassenbestandes von 3821,84 Kronen auf 6207,76 Kronen. An Unterstützung wurden 5614,85 Kronen ausgezahlt. — Dem Geschäfts- und Kassenführer wurde einstimmig Decharge erteilt. — Sodann wurde angefragt, ob man nicht den Buchbindermeistern in den nordschleswigschen Städten eine Mitteilung senden könnte, dass ihnen im Bedarfsfälle von dem Arbeitsnachweis in Vejle (Jütland) Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Es sei für jene Meister manchmal schwer, vom Süden her, also aus Deutschland, Gehilfen zu er-

halten. Kollege Olesen bemerkte dazu, dass man an sich nichts gegen diesen Gedanken haben könne, aber jedenfalls könne man sich nicht darauf einlassen, ohne in vollem Einverständnis mit dem deutschen Bruderverband zu handeln. Diesen Anregungen entsprechend wurde beschlossen, sich an den Deutschen Buchbinderverband zu wenden.

Ueber den Arbeitsnachweis in Vejle berichtete Kollege V. Nielsen, dass sich im verflochtenen Quartal 24 arbeitslose Kollegen gemeldet hatten, während nur 2 Stellenangebote einliefen.

**Rußland.** Der Petersburger graphische Arbeiterverein ist am 8. Januar 1908 gegründet worden. Er hat schon vordem zweimal bestanden. Die erste Gründung erfolgte im Jahre 1905, aber nach kaum einjährigem Bestehen wurde er von der Regierung wieder geschlossen. Ein in gleichem Jahre mit stark geändertem Statut gebildeter neuer Verband wurde ebenfalls nur knapp ein Jahr alt: auch er verfiel der Auflösung. Dessenungeachtet erhielt eine Anzahl im graphischen Gewerbe tätiger Personen am 8. Januar 1908 wieder die Genehmigung zur Bildung resp. „Eröffnung“ eines neuen Verbandes, der sich den Namen „St. Petersburger graphischer Arbeiterverein“ zulegte. Dieser Verein ist nur auf St. Petersburg beschränkt, da das russische interimistische Vereinsgesetz vom 4. März 1906 alle Landesvereinigungen untersagt. Der St. Petersburger graphische Arbeiterverein umfaßt alle Bucharbeiter. Er hat in fast unglaublicher Weise unter den Schikanierungen der Regierung zu leiden. Erst vor wenigen Wochen hat er eine Haussuchung über sich ergehen lassen müssen, bei der die zufällig im Verbandslokal anwesenden 12 Mitglieder kurzerhand verhaftet wurden, trotzdem kein belastendes Material gefunden wurde. Angeblich sollten diese zwölf eine geheime Versammlung abgehalten haben! Gegen dieses Vorkommnis ist bei dem Stadthauptmann Beschwerde erhoben worden mit dem Erfolg, daß der Verein heute noch schlimmer daran ist als früher. Der betreffende Beamte hat wegen seines Vorgehens einen Ruffel erhalten, den er jetzt durch erhöhte Schikanen und Verfolgungen auszugleichen gedenkt. So hat er zunächst veranlaßt, daß das Verbandslokal dem Verein gekündigt wurde und es ihm schwer fällt, ein neues zu finden. Von Lohnbewegungen usw. ist unter solchen Umständen natürlich keine Rede. Im Gegenteil: eine Lohnreduktion folgt der andern, und der Verein ist nicht in der Lage, auf diese die so notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Im Jahre 1908 fand nur ein Streik infolge Lohnreduzierung statt, der völlig ergebnislos verlief. Ebenso ungünstig ist die Mitgliederbewegung. Im Jahre 1908 wurden aufgenommen 2274 männliche und 162 weibliche, ausgeschlossen wegen Resten wurden 1411 männliche und 122 weibliche, so daß das Jahr mit 863 männlichen und 40 weiblichen Mitgliedern abschloß. Der Verband vereinnahmte 3350,50 Rubel, er gab aus 2725,95 Rubel. Sein Vermögen beläuft sich auf 811,95 Rubel. Im laufenden Jahre macht sich wieder eine Besserung bemerkbar, indem der Zustrom zum Verbandslokal sich erhöhte und sich jetzt wieder ca. 500 Personen aufnehmen liessen. Hoffentlich wird auch der russische Arbeiter bald wieder etwas freier atmen können.

### Die Kritik der Reichsversicherungsordnung.

ar. Nicht weniger als drei verschiedene Tagungen haben in diesen Tagen zu dem Regierungsentwurf Stellung genommen. In erster Linie kamen dort die Hauptbeteiligten, nämlich die versicherten Arbeiter, zu Worte. Eine der imposantesten Kundgebungen, die jemals zu einer sozialpolitischen Frage veranstaltet worden sind, war der Kongreß der Krankenkassen. Nicht weniger als rund 1700 Delegierte vertraten fast sieben Millionen Versicherte. Schon in dieser äußeren Gestalt kommt die große Bedeutung, die die Krankenversicherung erlangt hat, und das Interesse der Arbeiter an ihrer Ausgestaltung zum Ausdruck — nicht minder aber auch die tiefe Erregung, die der Regierungsentwurf in den Reihen der Nächstbetroffenen erregt hat.

Man hätte den Verhandlungen wohl mit einiger Beforgnis entgegensehen können. Waren doch nicht

nur die verschiedensten Klassenarten vertreten: auch die Arbeitgeber hatten der Einladung in großer, selbst ihr Verhältnis in den Kassenvorständen übersteigender Zahl entsprochen. Und die Referenten gehörten den verschiedensten Parteien an. Neben unseren Genossen Frähdorf, Albert Rohm, Bauer, Graf waren da der Vorsitzende des Zentralrats der Hirsch-Lunderer'schen Gewerbevereine, C. Hartmann, der Zentrumsabgeordnete Giesberts, Amtsgerichtsrat Sahn u. a. Und doch hat der Kongreß eine seltene Einmütigkeit befundet. Zwar wichen die Ansichten der einzelnen Debatte-rebner hinsichtlich der aufzustellenden Forderungen oft voneinander ab. Aber einmütig waren sie in ihrer Ablehnung infolge Unzulänglichkeit der Regierungsvorschläge, in dem Verlangen erheblicher Ausgestaltung der Sozialversicherung. Wochten auch einige Betriebskassenvertreter den Versuch machen, eine Disharmonie hineinzutragen — viel-leicht waren sie von ihren Brotgebern gerade darum nach Berlin geschickt worden — so hob gerade das erst die imponierende Mehrheit hervor, mit der die Beschlüsse gefaßt wurden.

Wollte man zwar mit kritischem Auge die von den Referenten vorgelegten Vorschläge vom Standpunkt der Sozialdemokratie prüfen, so würden manche der aufgestellten Theesen unzulänglich erscheinen. Wurde doch z. B. sogar die Errichtung der besonderen Landkrankenfälle gebilligt. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich bei diesen Beschlüssen um Kompromisse gehandelt hat, die notwendig waren, um die Einmütigkeit zu erreichen. Ein Redner betonte auch guttrefend, daß schon die Durchführung der aufgestellten Forderungen einen gewaltigen Fortschritt bedeuten würde und die Aufstellung noch weitergehender derzeit doch nur propagandistische Bedeutung haben könnte.

Ganz besonders erfreulich ist die einhellige Zuzückweisung der geplanten Vernichtung des Selbstverwaltungswesens der Krankenkassen. In den Theesen des Rechtsanwalts Mayer-Frankenthal — auch keines „sozialdemokratischen Heizers“ — über die Krankenversicherung, wird die Beibehaltung der bisherigen Grundzüge über die Beitragspflicht und der entsprechenden Zusammenfassung der Kassenorgane ausdrücklich gefordert. Nicht ein einziger der Delegierten wandte sich mit einem Worte dagegen. Nur der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Caspar, der schon vorher den vergeblichen Versuch gemacht hatte, die Bedeutung des Kongresses und seine Legitimation als Vertretung der auf wirklicher Selbstverwaltung beruhenden Krankenkassen in Frage zu stellen, mühte sich ab, den Anwesenden die geplante Rechtslosmachung der Arbeiter schmachtlich zu machen. Der starke Widerspruch der Versammlung zeigte ihm die Erfolglosigkeit dieses Bestrebens. Hoffentlich übermittelt er seinen Auftraggebern dieses Ergebnis ungezähmt. Auch für die Invaliden- und die Unfallversicherung forderbe der Kongreß eine bedeutende Erweiterung der Mitwirkung der Versicherten, nicht minder auch eine Demokratisierung der Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung. Sämtliche Vertreter der Versicherten wie der Arbeitgeber sollen durch ein einfaches und unmittelbares Wahlverfahren bestellt werden.

Bei dem riesenumfang des behandelten Stoffes — die Reichsversicherungsordnung zählt 1793 Paragraphen! — und der Ausführlichkeit der beschlossenen Resolutionen, die etwa acht Foliobroschüren einnehmen, ist es natürlich unmöglich, hier alle sonstigen Beschlüsse wiederzugeben. Nur das Wichtigste sei hervorgehoben. Gefordert wurde erhebliche Erweiterung und Einheitlichkeit des Kreises der Versicherten. In allen Versicherungsarten sollen die Personen versichert werden, die in irgend einer abhängigen Stellung nicht über 3000 Mk. Jahresverdienst erzielen. Auch auf den kleinen Mittelstand: auf Gewerbetreibende, die nicht mehr als zwei Arbeiter regelmäßig beschäftigen, soll die Versicherung ausgedehnt werden; selbstverständlich auch auf alle Hausgewerbetreibenden.

Die Leistungen der Versicherung sollen allgemein ausgestaltet werden: Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an, obligatorische Krankenpflege in den geeigneten Fällen, Schwangerenunterstützung und Bezahlung

der Gebammendienste als Pflichtleistung, Uebernahme der ärztlichen Behandlung der Familienglieder der Versicherten, Beginn der Altersrente nach dem 65. Lebensjahre, Erhöhung der Invaliden- und Altersrenten, Gleichsetzung des Rentenbezugs, obligatorische Einführung des Heilberufens in der Invalidenversicherung, Erhöhung der Vollrenten in der Unfallversicherung auf 75 Prozent des voll zugrunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes und entsprechend Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, Erweiterung des Begriffs des Betriebsunfalles usw.

Hinsichtlich der angustrebenden Vereinheitlichung der Versicherung fand der Kongress die Vorschläge des Entwurfs durchaus ungenügend, wenn sie auch als Fortschritt gegenüber dem Bestehenden anerkannt wurden. Gänzliche Beseitigung wurde verlangt hinsichtlich der Zinnschutzrenten und derjenigen Betriebsrenten, die nicht mindestens 1000 Versicherte zählen; besondere Ortskrankenkassen für einzelne Berufe sollen neben den allgemeinen nicht mehr gegründet werden dürfen.

Auch in der Frage wurden wichtige Beschlüsse gefaßt: Den ärztlichen Ehrengerichten soll die Entscheidung über alle Fragen wirtschaftlicher Natur entzogen werden. Für eine Vermehrung der Kassenzurücklagen soll in den Verfügungen der Aufsichtsböden jeweils eine angemessene Frist gewährt werden.

Die ganze Jämmerlichkeit der geplanten Witwen- und Waisenversicherung geißelte Genosse Graf-Franfurt a. M. in scharf satirischer Rede. Nach den Leitfäden, die der Kongress auf seinen Vorschlag annahm, soll jeder Witwe eines versicherten Mannes die Witwenrente in Höhe von mindestens 180 M., einer invaliden Witwe aber mindestens 360 M. zustehen. Eine Kinderrente soll gleichfalls nicht unter 180 M. bemessen werden. Zur Aufbringung der Mittel soll der Staat in erhöhtem Maße herangezogen, aber auch ein Zuschuß der Gemeinden eingeführt werden. Einige Redner, die der Zentrumspartei angehörten, fanden die Vorschläge Grafs zu weitgehend. Aber auch sie betonten die Ungültigkeit der Regierungsvorschläge.

Die Reichsregierung wird sich der Wucht dieser Beschlüsse der Praktiker nicht entziehen können. Wenn sie diese Forderungen von Millionen Versicherten, denen auch Tausende und Abertausende Unternehmer durch ihre Vertreter zugestimmt haben, geringer achten will als die anmaßenden Forderungen einer Handvoll großkapitalistischer Schatzmacher, dann beweist sie offensichtlich ihr Basallenverhältnis zu dieser rückständigsten und eigensüchtigsten Gruppe des Unternehmertums und wird selbst bei den Vertrauenseligsten den Glauben an ihre Neutralität im Kampfe der Interessen verwirrt haben — von ernsthaft sozialreformatorischem Willen gar nicht zu reden.

In gesondelter Tagung nahmen am 19. Mai zur Vorlage 200 Vertreter der freien Hilfskassen Stellung. Nach ihrer Erklärung sind die Bedingungen, unter denen bestehende Hilfskassen noch fernerhin als „Erfasskassen“ sollen zugelassen werden, gleichbedeutend mit ihrer Ausschaltung als vollberechtigte Kassen. Als den wahren Weggrund für dieses Vorgehen bezeichnete man mit Recht, daß auf diese Weise die Zerstörung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen erst mit Erfolg durchgeführt werden könne. Denn sonst würde der auf ihre Selbstverwaltung Wert legenden Gliedern der Ortskassen in den freien Hilfskassen noch eine Zuflucht offenstehen, die auf diese Weise gründlich zunichte gemacht werden soll. Gegen diese Maßnahmen, die vielleicht zugunsten einheitlicher, wahrhaft völkertümlich organisierter Zwangskassenorganisation zulässig sein könnten, nicht aber im Interesse der geplanten plutokratisch-bureaucratischen Verwaltungsmaschinerie, protestierte dieser Kongress ganz entschieden.

Schließlich tagten noch am 20. Mai, gleichfalls in stattlicher Zahl, die Krankenkassen- und Berufsgenossenschaftsbeamten. Auch sie bezeichneten die geplanten Maßnahmen der Reichsversicherungsordnung als eine Gefährdung ihrer Existenz und ihrer Bewegungsfreiheit. Sollen doch hauptsächlich genehmigte Dienstamtsverordnungen eingeführt werden u. dergl. Der von mehreren hundert Vertretern besuchte Kongress protestierte gleichfalls gegen diese Pläne.

So haben die Pläne der Regierung den schärfsten Widerstand auf der ganzen Linie hervorgerufen.

Ist sie klug, so gibt sie den unglückseligen Versuch der Entrechtung der Arbeiter völlig auf und sucht in den übrigen Fragen den berechtigten Forderungen dieser weitestgehend zu entsprechen, als die Vorlage es tut. Sie wird sich ja darüber nicht täuschen, daß die Abwehrbewegung mit den abgehaltenen Kongressen nicht etwa ihren Höhepunkt erreicht hat, vielmehr nun erst mit voller Kraft einsetzen wird. Und selbst ein Erfolg auf ihrem Wege, der aber ausgeschlossen erscheint, würde durch die damit verbundene Festigkeit des Massenbewußtseins und die Aufpeicherung der Erbitterung auch der „gutgefinterten“ Arbeiter wohl etwas teuer erkauft sein.

### Das Jubiläum der Dreiklassenwahl.

Am 30. Mai wird die preussische Dreiklassenwahl 60 Jahre alt. An diesem Tage hob vor 60 Jahren der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., kurzerhand das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf und oktroyierte jenes Dreiklassenwahlrecht, das zwar Bismarck schon vor vielen Jahrzehnten das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, das aber in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit noch heute besteht.

Das Dreiklassenwahlrecht verdankt seine Entstehung... einem Gewaltstreich: der Krone, einem nackten Verfassungsbruch. Unter dem Eindruck der Ereignisse des 18. März 1848 hatte der König von Preußen die preussische Nationalversammlung einberufen, die „Versammlung, zu dem Zwecke gewählt, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“. Aber so schwächlich auch diese konstituierende Versammlung auftrat, der feudalen Kamarilla, der „Keinen aber mächtigen Partei“ der Junker, an deren Spitze der Generaladjutant des Königs, von Gerlach, stand, war sie von Anbeginn ein Dorn im Auge. Als gar im Kampfe mit dieser staatsrechtlichern Kamarilla die Nationalversammlung im September 1848 den Beschluß faßte, daß die Offiziere den reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben oder ihren Abschied zu nehmen hätten, holte die höfisch-junkerliche Kamarilla zum Schläge aus. Der General Brangel wurde Oberbefehlshaber in den Marken. Seine Verweigerung zum Losschlagen faßte er in die Worte: „Die Truppen sind gut, die Schwerter scharf geschliffen, die Augen im Lauf.“ Der am 2. November zum Minister des Innern ernannte Mann der Kamarilla, Graf Brandenburg, zögerte denn auch nicht lange. Zwar fandte die Nationalversammlung eine Deputation zum König, die ihm Vorstellungen wegen der reaktionären Intrigue machen sollte, allein Friedrich Wilhelm IV., der ein paar Monate vorher noch vor jedem einzelnen Sarge der Berliner Barrikadenkämpfer den Hut gezogen hatte, drehte der Deputation einfach den Rücken. Zwar rief ihm Johann Jacoby das Wort nach: „Das ist immer das Inglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Allein dieser Bürgerstolz eines Einzelnen vermochte das aus der Sorglosigkeit und Unselbstständigkeit des Bürgerturns und seiner Vertreter erwachsene Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Wenige Tage später ließ General Brangel die Nationalversammlung mit den Bajonetten auseinanderreiben, nachdem er vorher die Bürgerwehr entwaffnet hatte.

Friedrich Wilhelm IV. aber oktroyierte eigenmächtig eine neue Verfassung und am 6. Dezember ein neues Wahlrecht. Dies neue Wahlrecht raubte zwar 700 000 Bürgern ihre Rechte, erschien aber bald der Reaktion noch allzu liberal, so daß es am 30. Mai 1849 durch das famose Dreiklassenwahlrecht ersetzt wurde.

Wenn die preussische, die deutsche Arbeiterklasse des Jubiläums der Dreiklassenwahl gedenkt, so geschieht das mit dem festen Entschluß, das Volk endlich von dieser Kulturjücherei zu befreien. Denn so wenig das liberale Bürgerturn in den 60 Jahren gelernt hat, eine so gewaltige Verenderung hat sich doch in breiten proletarischen Volksmassen vollzogen. Die Arbeiterklasse ist zum politischen Denken, zum politischen Selbstbewußtsein erwacht und fordert mit allem Nachdruck den ihr gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung auch des preussischen Staates.

Welche Bedeutung das preussische Abgeordnetenhaus für die arbeitende Klasse besitzt, ergibt sich schon aus einem flüchtigen Blick auf die gesetzgeberischen Funktionen, die ihm vorbehalten sind. Da handelt es sich beispielsweise um das wichtigste Verkehrsministerium, die Eisenbahnen. Die Eisenbahnpolitik, überhaupt die ganze Verkehrs politik, wird im preussischen Landtag gemacht. Das Schicksal der riesigen Armee der preussischen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter ruht in den Händen der preussischen Gesetzgebungsorgane, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. Die Zahl der preussischen Eisenbahnbeamten beträgt allein

180 000 und nach Hunderttausenden zählen auch die Eisenbahnarbeiter. Die Zahl der preussischen Staatsbeamten und Arbeiter überhaupt beläuft sich auf weit über 2 Millionen.

Nicht nur die Staatsarbeiter, sondern auch die Staatsbeamten sind zum größten Teil Proletarier. Sich dieser Proletarier mit aller Energie anzunehmen, ist die Pflicht der proletarischen Massenbewegung. Die kleine sozialdemokratische Fraktion ist denn auch in der verflochtenen Session eifrig bemüht gewesen, die Interessen der Staatsproletarier zu wahren. Gelegenheit dazu bot ja das Beamtenbesoldungsgesetz. Freilich ist es unsern Genossen trotz aller Bemühungen nicht gelungen, für die schlechtbezahlten Unterbeamten eine angemessene Gehaltserhöhung durchzusetzen. Die elenden Gehälter der Unterbeamten wurden kaum um 20 Proz. aufgebessert, während man die Gehälter der Schulleute, Gendarmen, Förster und mancher höheren Beamtenkategorie um 30 bis 40 Proz. erhöht hat. Regierung und bürgerliche Parteien lehnten die sozialdemokratischen Anträge mit der faulen Ausrede ab, daß kein Geld dafür da sei. Es war aber Geld genug da, um für die Gehaltserhöhung der Geistlichen und für Schaffung neuer Pfarrstellen 13 1/2 Millionen jährlicher Mehrausgaben zu bewilligen! Und das, trotzdem von sozialdemokratischer Seite ziffernmäßig nachgewiesen worden war, daß die Kirche keinen höheren Staatszuschuß gebrauchte, da viele Geistliche, sogar in den kleinsten Nestern, Pfründeneinkommen von 6000, 7000, 8000, ja 10 000 M. und mehr beziehen, man diese durch nichts begründeten Rieseneinkommen also nur zu beschneiden brauchte, um den schlechter gestellten Geistlichen jede Gehaltserhöhung gewähren zu können.

Also skrupellosste Geldverschwendung auf der einen und jämmerliche Unterbeamtengehälter auf der andern Seite! Und ebenso rücksichtslos, wie der Staat seine Unterbeamten ausbeutet, beutet er auch seine Arbeiter aus. Daß diese Arbeiter bei der Besoldungsreform völlig leer ausgegangen sind, versteht sich ja in Preußen von selbst. Das Drängen der Sozialdemokratie, doch zugleich mit der Beamtenbesoldung auch eine Aufbesserung der Löhne der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wurde von der Regierung und sämtlichen Parteien unter dem Vorwand abgewiesen, daß ja die Arbeitslöhne ohnehin ausreichend gestiegen seien und daß vollends in der Zeit der Krise von Lohnzulagen keine Rede sein könne.

Wie sich diejenige der bürgerlichen Parteien, die ganz besonders mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit renommiert, das Zentrum, der Interessen der Arbeiter annimmt, dafür ist ein Fall besonders bezeichnend. Der Vertreter der Sozialdemokratie hatte bei einer besonders schlecht entlohnenden Schicht fiskalischer Vergarbeiter eine Lohnzulage von 30 Pf. gefordert. Da schickte das Zentrum den famosen Arbeitervertreter Brust vor, der die Regierung aufforderte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen!

Aber nicht nur, daß der Staat seine Beamten und Arbeiter ungenügend entlohnt und durch überlange Arbeitszeit ausbeutet — die Betriebsüberschüsse, namentlich der Eisenbahnen, bilden ja einen wichtigen Einnahmeposten im Staatsbudget, der nicht verringert werden darf, damit die besitzende Klasse nicht allzu viel Steuern zu zahlen braucht —, der preussische Staat glaubt seine Beamten und Arbeiter auch der staatsbürgerlichen Rechte berauben zu können. Haben doch auch in der letzten Session wieder die Minister mehrfach erklärt, daß die Beamten nicht das freie Wahlrecht besäßen, sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennen dürften. Ja, nicht nur die politischen Rechte wagt man den Beamten und Arbeitern des Staates einfach abzupacken, sondern man will nicht einmal dulden, daß sie sich modernen Gewerkschaftsorganisationen anschließen können! Und keine einzige der bürgerlichen Parteien hat diesen unerhörten, verfassungswidrigen Terror der Regierung gebrandmarkt.

Aber es sind nicht nur die Interessen der Staatsarbeiter, die im preussischen Dreiklassenparlament von den Vertretern des Geldsacks mit Füßen getreten werden, sondern die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt. Das beweisen drastisch die Verhandlungen über das neue Vergesetz. Das fürchtbare Grubenproletariat in Raddob, wobei mehrere hundert Grubenproletarier ein feuriges Grab in den Tiefen der Erde fanden, hat die Regierung endlich gezwungen, wenigstens etwas zur Bewägrichtigung der erbitterten Vergarbeiter zu tun. Um, wie sich der preussische Handelsminister ausdrückte, „die Seelen der Vergarbeiter zurückzugewinnen“, soll das neue Vergesetz die Einrichtung von Sicherheitsmännern schaffen, die von den Arbeitern gewählt werden. Der letzte Vergarbeiterkongress, der in Berlin tagte und an dem

auch die Vertreter der Hirsch-Dunderschen und polnischen Organisationen teilnahmen, hatte ebenfalls Arbeiterkontrolleure gefordert, aber solche, die unabhängig und vom Staate zu besolden wären, während nach dem neuen Vergarbeitergesetz sie als Arbeiter im Betrieb bleiben sollen. So schwebt über den Säuptern der Sicherheitsmänner jederzeit das Damoklesschwert der Maßregelung, so daß der von den Arbeitern gewollte Zweck, die Gruben einer wirklichen Kontrolle unterworfen zu sehen, nicht erreicht wird. Die Regierung hat sich den Wünschen der gelbprohigen Grubenherren wieder einmal gefügt. Aber auch das Zentrum hat wieder einmal die Interessen der Arbeiter verraten, indem es die Forderung der Besoldung der Sicherheitsmänner durch den Staat, also die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute der Arbeiter, gleichfalls ablehnte.

Und ebenso wenig, wie man die Forderungen der Vergarbeiter willfährte, hat man der seit langen Jahren und mit so großem Nachdruck erhobenen Forderung der Bauarbeiter, von den Arbeitern selbstgewählte, aus dem Arbeiterstand herbeigekommene Baukontrolleure anzustellen und aus Staatsmitteln zu besolden, Rechnung getragen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter haben für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht so viel Gewicht, ein paar mal hunderttausend Mark für ihren Schutz aufzuwenden! Die schäblichste Spardpolitik und die Rücksichtnahme auf die Ausbeutungsinteressen des Unternehmertums sehen jeder wirklichen Sozialpolitik in dem Dreiklassenparlament unüberwindliche Schranken!

Welch unbefugbaren Respekt die preussische Regierung vor den Ausbeuterinteressen der Kapitalistenklasse hegt, dafür noch ein anderer Beweis. Bei der Beratung des Justizgesetzes hatte der sozialdemokratische Redner zweimal die ja auch von den Gewerbeinspektoren selbst lebhaft beklagte Praxis der Gerichte kritisiert, gegen Unternehmer wegen Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen selbst dann lächerlich geringfügige Strafen zu verhängen, wenn diese Unternehmer wegen solcher Uebertretung bereits mehrfach vorbestraft sind. Der sozialdemokratische Redner forderte den Justizminister auf, doch auf die Staatsanwälte dahin einzuwirken, daß sie höhere Strafen beantragen. Der Justizminister antwortete auf die erstmalige Aufforderung des sozialdemokratischen Redners überhaupt nicht. Als unser Genosse den Justizminister bei der dritten Lesung des Etats wegen dieses Beweises der Mißachtung gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse energisch zur Rede stellte, bequeme sich der Minister endlich zu einer Antwort. Sie war freilich auch danach! Der Minister erklärte nämlich, daß er allerdings die Möglichkeit habe, in dem gewünschten Sinne auf die Staatsanwälte einzuwirken — aber darüber, ob er auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, schwieg er sich vollständig aus! So sorgen preussische Minister für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes.

Auch die Steuerpolitik des Dreiklassenparlaments bezeugt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter des Geldsacks dort ihre Interessen wahrnehmen und die der nichtbesitzenden Klasse schädigen. Um das Defizit zu decken, war eine Steuererhöhung notwendig. Die Regierung schlug vor, die neuen Steuern durch Zuschläge auf die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer der höheren Einkommen aufzubringen. Sämtliche bürgerliche Parteien jedoch einigten sich dahin, die Zuschläge der Einkommensteuer auch auf die proletarischen Einkommen auszuweiten. Die Herren Freisinnigen rechtfertigen diese arbeitserfindliche Maßnahme damit, daß der Zuschlag ja nur gering sei. Als ob die Arbeiter nicht bereits durch indirekte Steuern und den Lebensmittelpreiserhöhung infolge der Fleisch- und Getreidezölle derartig belastet wären, daß man ihnen jede neue direkte Steuererhöhung hätte ersparen sollen! Zumal dem unter der Krise seufzenden Proletariate ja 400 Millionen neuer indirekter Reichsteuern drohen, während eine Sandboll Kapitalisten allein in Preußen ihr Vermögen jährlich um 830 Millionen zu vermehren vermag.

So schaltet die besitzende Klasse im preussischen Geldsackparlament. Und so wird sie weiter schalten, wenn nicht die Arbeiterklasse endlich Wache in das elendeste aller Wahlsysteme legt und für die Entsendung wirklicher Volksvertreter in das Abgeordnetenhaus sorgt. Der Wahlrechtssturm des preussischen Proletariates hat ja auch bereits der Regierung Zugeständnisse abgenötigt. Die Thronrede verspricht im Oktober vorigen Jahres feierlich eine Reform des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien freilich tun nicht das geringste, um die Regierung zur raschen und entscheidenden Einlösung ihres Versprechens zu zwingen. Der Freisinn hat sich bei der letzten Wahlrechtsdebatte mit ein paar

wohlfeilen Nebenarten begnügt und der Regierung obendrein versichert, daß er auf die Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen ja gar nicht zu hoffen wage, sondern mit der bescheidensten Abschlagszahlung zufrieden sei! Das Zentrum hat sogar gegen einen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt, obgleich die skandalöse Ungleichheit der Wahlkreise die Arbeiterklasse doppelt entrechtet und die agrarische Reaktion doppelt begünstigt!

Den wütenden Haß aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse und ihre Vertreter beweist aber am schlagendsten der unehört brutale Gewaltstreich gegen die sozialdemokratische Fraktion: die Ungültigkeitserklärung von 4 der insgesamt 6 sozialdemokratischen Mandate Berlins. Unter dem jämmerlichen Vorwand, die Wahlen der 4 sozialdemokratischen Abgeordneten sei auf Grund einer falschen Listenauflistung zustande gekommen, hat man die 4 Sozialdemokraten aus dem Parlament hinausgeworfen, obwohl doch auch die 6 freisinnigen Berliner Mandate auf Grund genau derselben Listenauflistung zustande gekommen waren! Auch den angeblichen sozialdemokratischen Fehler benutzte man als Vorwand für die Ungültigkeitserklärung — als ob nicht die öffentliche Abstimmung von vornherein die Absicht des Zentrums bewiese, als ob nicht gerade die Regierung ihren Beamten und Staatsarbeitern gegenüber die schmachvollste Eskamotierung ihrer Bürgerrechte verübte.

Nun, das Berliner Proletariat wird den Dreiklassenmännern die gebührende Antwort geben! Aber das genügt nicht: die gesamte Arbeiterklasse muß fort und fort mit äußerster Energie den Kampf gegen die preussische Dreiklassenmach führen, muß den Wahlrechtssturm detarig steigern, daß das elendeste aller Wahlsysteme reiflos hinweggefegt wird! Sechzig Jahre lang hat sich diese Skaritur eines Wahlrechts, die dem Volke durch die Bajonette aufgezungen wurde, halten können. Die Schuld dafür trug die Jämmerlichkeit des immer kläglich entartenden liberalen Bürgeriums. Und die Schuld der Arbeiterklasse wäre es, wenn das Dreiklassenwahlrecht noch länger seine kulturwidrige Grifftung fristen könnte! Der Proteststurm des Volkes, der millionenstimmige Ruf: „Nieder mit der Dreiklassenmach! Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!“ muß zum Orkan anschwellen, dem nichts widerstehen kann!

## Korrespondenzen.

**Deutschland: Gesperrt ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.**

**Gesperrt ist: Aachen.**

**Vor Arbeitsannahme nach Köln und Straßburg ist bei den betreffenden örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Lohn- und Arbeitsverhältnissen einzuholen.**

**Ungarn: Gesperrt sind die Lederwarenfabriken in Raab und Kaschau.**

**Schweiz: Gesperrt ist die Firma A. B. Heine in Arbon.**

**Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.**

**Berlin.** Am Dienstag, den 11. Mai 1909, fand eine gutbesuchte Versammlung der Kartonnierer statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Tarifverträge und ihre Gegner“, betonte der Referent Dytomski, daß in den früheren Jahren die Arbeiterklasse sich nicht dazu entschließen konnte, langfristige Tarifverträge abzuschließen. Andererseits war das Unternehmertum auch solchen Festlegungen gegenüber sehr mißtrauisch. An der Hand von einschlägigem Material gab der Referent eine kurze Schilderung der Entwicklung der Tarifvereinbarungen. Zum Schluß ging er noch auf die Tarifverhältnisse der Kartonnierer sowie auch auf die Organisation in der Kartonbranche überhaupt ein.

In der Diskussion, an welcher sich Klappenbach, Richter, Mahnte, Klar, Teufsch u. a. beteiligten, kam wiederholt zum Ausdruck, daß nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch in vielen Fällen die eigenen Kollegen Gegner von Tarifverträgen sind. Einige Beispiele dafür wurden angeführt. Klar und Klappenbach forderten die Kollegen auf, sich keine Mühe zu verheizen zu lassen, um uns noch fernstehende Kollegen zuzuführen. Nicht nur in gesellschaftlicher, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung müßten wir ein geschlossenes Ganzes bilden.

In seinem Schlußwort führte Dytomski aus, daß wir unsere Lebenslage selbst verbessern müssen, die Organisation sei dazu der geeignete Faktor. Er hält die Mieter für durchaus fähig, bahnbrechend in der Kartonbranche zu wirken.

Teufsch brachte zum zweiten Punkt der Tagesordnung folgenden Antrag der Delegiertenstimme ein: „Die Delegiertenstimme vom 18. April empfiehlt der Mieterversammlung, beim Verbandsvorstand zu beantragen, über alle diejenigen Mieter, welche in den Jahren 1904 bis 1908 als Arbeitswillige dem Verbands nicht haben angehören können und deswegen über dieselben die Sperre verhängt war, diese Sperre aufzuheben, damit sie der Organisation wieder zugeführt werden können.“ Redner wies darauf hin, daß die Kommission sowie die Delegierten es den Kollegen überlassen, dem Antrag zuzustimmen, da in früheren Fällen sich die Mieter trotz der Aufnahme in den Verband geweigert hätten, mit den früheren Arbeitswilligen zusammenzuarbeiten. Hauptsächlich wandte sich Mahnte gegen den Antrag. An der Debatte beteiligten sich noch Klappenbach, Mielke, Voigt, Bipe, Klar, Teufsch und Langnid. Der Antrag wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Unter „Verschiedenes“ teilte noch ein Kollege mit, daß bei der Firma Baum u. Scholz entgegen dem einstimmigen Beschluß der Bezirksversammlung zwei Kollegen am 1. Mai gearbeitet haben.

**Solingen-Walb.** Am 15. Mai hielt unsere Zahlstelle die erste Generalversammlung ab. Wir haben im verfloffenen Quartal eine rege Tätigkeit entfaltet. Der geschäftliche Teil wurde in 8 Sitzungen und 6 Versammlungen erledigt. Unser Mitgliederbestand beträgt 60 männliche und 1 weibliche Mitglied. Der Rassenbericht ergab folgendes: Einnahmen der Verbandskasse 557,61 Mk., Einnahmen der Lokalkasse 671,75 Mk.; Ausgaben der Verbandskasse 492,41 Mk., Ausgaben der Lokalkasse 81,85 Mk. Es muß noch erwähnt werden, daß, trotzdem sich der Vorstand die erdenklichste Mühe gegeben hat, einen besseren Versammlungsbefuch zu bekommen, sich noch nicht der richtige Erfolg gezeigt hat, was hoffentlich bald anders wird.

Am 16. Mai feierte die Zahlstelle ihr 10. Stiftungsfest, welches einen schönen Verlauf nahm.

**Krefeld.** In der Generalversammlung unserer Zahlstelle erstattete Bauer den Geschäftsbericht, laut welchem 1 Generalversammlung, 3 Vorstandssitzungen und 9 Werkstubebsprechungen stattgefunden hatten. Im Anschluß hieran berichtete er über die Tarifkommissionsitzungen, an welcher seitens der Arbeitgeber die Herren Friß Worms und Robert Schädermann, und seitens der Arbeitnehmer die Kollegen Schauten und Bauer teilnahmen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 137 männliche und 10 weibliche Mitglieder. Der Rassenbericht konnte von einem Bestand von 869,25 Mk. in der Lokalkasse Kenntnis geben. Den Kartellbericht gab Bauer in ausführlicher Weise. Sodann sollte die Wahl von 2 Unterassessoren vorgenommen werden, sie wurde aber bis zur nächsten Versammlung vertagt. Außer einigen internen Angelegenheiten kam auch die Krankenunterstützung seitens der Lokalkasse zur Sprache. Es entspann sich hierüber eine lebhaft Diskussion und wurde beschlossen, diese Sache als ersten Punkt in der nächsten Versammlung zu behandeln. Ebenso wurde beschlossen, in Zukunft die Versammlungen, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder, pünktlich um 11 Uhr zu eröffnen, damit ein früherer Schluß ermöglicht wird.

**Berlin.** Unsere werzte Unternehmerschaft der Zugsapierbranche wittert Morgenluft. Durch die andauernde wirtschaftliche Depression schwillt einigen unter ihnen der Kamm so, daß sie sich als unumschränkte Herren der Situation fühlen und auf alle mögliche Weise versuchen, ihre unbotmäßige Arbeiterklasse sich wieder willfähriger zu erziehen. Was Wunder, daß ihr Kampf da in erster Linie gegen die verhasste Arbeiterorganisation geht. Zwar haben sie uns öfter mit freundlicher Miene und wohlwollenden Worten erklärt, daß sie nichts dagegen einzunehmen hätten, wenn ihre Arbeiter von dem ihnen gesetzlich anerkannten Koalitionsrecht Gebrauch machen. Allein das gefah mehr der Not gehorchend als dem Gerechtigkeitstrieb. Zu dieser Ueberzeugung muß man wenigstens kommen, wenn man beispielsweise einen Mas der Firma Ernst Pappow hierzuland liest. P. ist einer von denjenigen, welche anscheinend ihre Unternehmernessenschaft nur dann weiterfristen können, wenn sie sich fast ausschließlich die Frauenarbeit und diese wieder mit miserabelster Entlohnung erhalten können. Trotz dieser jammervollen Löhne — werden doch Mädchen mit 6 und 7 Mk. nach Hause geschickt — wagt es Herr P., ihnen noch von den Löhnen 15 Pf. pro Person und Woche für Ausgaben abzugieken. Dabei hält er es noch nicht einmal für nötig, täglich ausfegen zu lassen. Daß dies Befahren direkt gesekwidrig ist,

kümmert anscheinend Herr B. herzlich wenig. Allerdings ist es auch sehr wohl möglich, daß er tatsächlich sich der Ungefährlichkeit dieser Handlung nicht bewußt ist. Hat doch neulich erst ein anderer Zugspapierfabrikant sich mit der entrüsteten Frage an sein Unternehmerblatt gewandt, ob er denn wirklich von der Berufsgenossenschaft gezwungen werden könne, seine Arbeiter gegen Unfälle in seinem Betriebe zu versichern!

Also mit Gesetzeskenntnissen scheint man in jenen Kreisen nicht besonders segnet zu sein.

Hieraus erklärt sich vielleicht auch der erwähnte Akt des Herrn B., welcher wirklich verdient, niedriger gehängt zu werden, da er an Unberfrorenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Derselbe lautet:

„Unbesunterzeichnete sind mit der Vereinbarung einverstanden und erklären sich, dem Deutschen Buchbinderverbande nicht anzugehören, eventl. sofort auszutreten.“

Wenn nachgewiesen, daß dieselbe trotzdem hiergegen verstößt; also weiter Mitglied wird, oder bleibt, wird „acht Mark“ von dem Lohn, für die Strafkasse abgezogen, als Strafe.

Eine Nachweisung dies zu unterschreiben, wird als Kündigung „laut Fabrikordnung“ aufgefaßt, oder stehen die Bücher zur Verfügung. gez. Ernst Pepsow.

Die Urschrift gelesen zu haben, resp. vorgelegt worden ist,

(Folgen Unterschriften.)

Man weiß nicht, ob man die Unberfrorenheit oder das Kauderwelsch mehr bewundern soll, daß sich darin widerspiegelt.

Damit aber nicht genug, hat Herr B. es für notwendig befunden, einen Kollegen für das gleiche Verbrechen eine Strafe von 12 Mk. noch mündlich androhen. Wahrscheinlich verdient dieser Kollege stets über 8 Mk., weshalb er entsprechend höher bestraft werden soll. Denn tatsächlich verdienen einige mehr als 8 Mk. pro Woche. Liegt uns doch beispielsweise ein Lohnbuch eines Preisbergolders vor, der 13—17 Mk. und sogar darüber pro Woche verdient.

Das genannte Monstrum eines Reberfes verdankt seinen Ursprung wohl lediglich Rebanbefühlens, die P. gegen seine Arbeiterinnen hegt, seitdem sie durch festen Zusammenschluß ihn zu einigen kleinen Zugeständnissen zwangen.

Zu wünschen ist nur, daß die Arbeiterinnen gerade durch dieses Schreibwerk Pepsows erst recht die Notwendigkeit, sich ihrer Organisation anzuschließen, erkennen. Denn wüßte P. nicht, daß seine Arbeiterinnen gerade im Buchbinderverbande die beste Vertretung haben, dann würde er schließlich mit solch schwerem Geschütz gegen unseren Verband zu Felde ziehen.

Einige andere Tatsachen seien von mehreren Firmen noch kurz registriert.

Bei Kreslawshy, der schon hier genannten Firma mit Prämiensystementlohnung, wurde den Sprizerinnen jüngst die Milch entzogen, die sie jahrelang geliefert bekamen. Bei der Firma Kofz ist es der Meister Heidepriem, der gegen unsere Organisation zu Felde zieht. Der Vertrauensmann wurde jüngst entlassen, und nur unter der Bedingung wieder von H. eingestellt, daß er sich jeder Tätigkeit für den Verband in Zukunft enthalte. Leider ging er auf dies schmähliche Angebot ein. Allerdings herrschen bei H. Zustände, die jedem rechtlich denkenden Kollegen mehr als sonderbar erscheinen. Die Mehrzahl der Kollegen gehen mit Meister Heidepriem Regelschießen, um sich seine Gunst zu erwerben, geben sich zu Verrätereien an ihren Kollegen her, und man munkelt, daß zufälligerweise diese Spezels gute Arbeit und gute Löhne erhalten. Meister Heidepriem war aber, nebenbei bemerkt, früher ebenfalls Verbandsmitglied, und der Deutsche Buchbinderverband gedenkt heute noch stark seines ehemaligen „teuren“ Mitgliedes. Aber diese ehemaligen und auch sogar noch derzeitigen Mitglieder, die jetzt Meisterposten oder so etwas Ähnliches innehaben — daß Gott uns vor diesen bewahre, sie gereichen uns zu allem anderen, aber nur nicht zur Ehre!

Insbesondere ist hierfür die Firma Abrecht u. Meister erwähnenswert, speziell der schon öfter genannte Meister Hammacher — ebenfalls ehemaliges Verbandsmitglied. — Die Vergangenheit Hammachers in ihren schönsten Blüten wurde jüngst in einer Geschäftsversammlung von dem Kollegen Scharnow ihm wieder vorgehalten, und wenn nur die Hälfte von dem zutreffend wäre, was dort gesagt wurde, muß man sich wundern, daß Herr S. noch nicht darüber gestolpert ist. Kollege Scharnow verbüßte sich aber für jede, dem Herrn S. vorgelegene Schuld. Wundern muß man sich nur,

daß die Direktion einen Menschen mit so zweifelhafter Vergangenheit auf solchen Vertrauensposten stellt. Um seiner Vergangenheit nicht ganz untreu zu werden, spielt er der einen Arbeiterin gegenüber den lebenswürdigen Gönner, während er die anderen mit dem weniger schmeichelfhaften Titel „Schwabebande“ belegt und sie alle Nasenlang „alle hinauswerfen“ will. Bei der schlechten Zeit kann er sich ja einstweilen noch solche Extrabagagen gestatten. Aber dessen kann sich Herr S. verächtlich halten, vergessen werden wir ihm sein Treiben nicht und wenn er noch zehnmal mit seiner Arbeiterschaft wechelt. Selbst die getreue Assistentin seines Kollegen Kild wird ihm hierbei wenig nützen. Viele Kollegen werden wohl staunen, Monsieur Kild, langjähriges Verbandsmitglied und ehemals Mitglied der Tarifkommission, in dieser Gesellschaft der ehrenwerten Auspaffer und Lohnbrüder zu finden. Doch seid verächtlich, werthe Verbandskollegen! Unser ehemals eifriges Verbandsmitglied übertrifft bald seinen großen Meister Hammacher in mancher Beziehung. Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm vortrefflich abgucken! Hat er es doch schon so weit gebracht, daß er den Arbeiterinnen ihre Arbeit vor die Füße wirft, weil sie ihm nicht gut dünkt. Und in Titulaturen steht er S. ebenfalls nicht nach. Gebenkt die Geschäftsleitung wirklich mit einem solchen Meisterpersonal sich einen fähigen Arbeiterstamm zu erhalten, der sie vorwärts bringt? Wir haben wohl alle Ursache, dies zu bezweifeln. Gewiß, draußen in Reindendorf finden die Herren Hammacher und Kild schließlich nach und nach Arbeiterinnen, die sich solche schosle Behandlung und Schikanierung in der Arbeit wie Reduzierung der Löhne usw. gefallen lassen, dazu ist eben der Arbeitsmarkt momentan noch so schlecht. Aber auch diese werden sich auf die Dauer einer solchen Behandlung nicht unterwerfen, und wenn sie auch zehnmal durch Ueberstunden usw. vom Besuch der Werkstubeversammlung abgehalten werden und uns die Polizei bei der Agitationsarbeit auf den Hals geschickt wird: die Arbeiterinnen werden auf jeden Fall doch noch zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur durch festen Zusammenhalt gegen die unwürdigen Zustände dajestl. Front machen können. Haben Meister und Firmeninhaber es oft ziemlich leicht in Baden mit schwachen Organisationsverhältnissen, sich mißliebiger Personen zu entledigen, so muß man dort, wo eine starke Organisation herrscht, schon etwas vorsichtiger sein und wenigstens auf den Schein eines gerechtfertigten Vorgehens gegen Mißliebige mahnen. Hierin scheint Meister Wolf von der Firma Schloß den Vogel abschießen zu wollen. Kontrolliert er da jüngst nach der Abrechnung das Metall der Presser und findet, daß einer zirka 40, der andere 7 Schlag zubiel verrechnet hat resp. sobiel fehlten. Nun ist es aber bei den Pressern häufig Mißbrauch, daß sie bei gutem Verdienst resp. dito Arbeit oder Metall sich mehr Metall geben lassen als sie gebrauchen: ihren Bestand freiwillig erhöhen, um bei schlechterer Arbeit usw. zuzucken zu können event. mehr verrechnen, um es bei anderer Arbeit wieder rauszuholen. Dies ist auch Herrn Wolf sehr wohl bekannt und er hat uns ausgegeben, daß ihm früher noch viel ärgere Verstöße bei den Verrechnungen „begegnet“ sind, die er stillschweigend passieren ließ. Jetzt war es gefundenes Fressen für ihn: der ihn lange verhaßte Vertrauensmann war mit 7 Schlag Dezigit darunter und der konnte bei gut gespielter stiller Entrüstung auf diese Weise hinausgeschoben werden. Wolf gab selbst zu, daß es lediglich eine Inkorrektheit im Verrechnen, keineswegs Betrug sei; es nicht nichts, der Jude muß verbrannt werden! Dieser Madent ist Sinen diesmal gelungen, Herr Wolf, aber die Zeiten werden sich auch mal ändern. Es ist ein Skandal, einen Menschen, der jahrelang im Betriebe zur Zufriedenheit arbeitete, wegen solcher Lappalie in der jetzigen Zeit auf die Strafe zu werfen. Oder hat Herr Wolf nicht schon gehört, daß Leute mit viel größeren Verfehlungen, ja verübten Veruntreuungen ruhig weiterarbeiteten? Ja, daß sogar solche Personen, die wegen dieser Delikte einige Zeit hinter schwedischen Gardinen darüber nachdenken durften, sich sogar in Vertrauensstellungen der Firmen befinden? Und wir kennen sogar Leute, die auch in solchen Stellungen ihren Chefs noch auf verschiedene Art um große Summen betrogen. Halten Sie es solchen Tatsachen gegenüber nicht wirklich für eine ungerechte Härte, einen Menschen wegen inkorrekter Verrechnung von 7 Schlag Metall auf das Pfaster zu werfen? Einstweilen wollen wir hiermit schließen, wenn nötig oder gewünscht, sind wir jederzeit bereit, das Kapitel fortzusetzen.

**Wln.** Nachdem unsere Tarifbewegung beendet und die Innehaltung des Tarifes im großen und ganzen festgesetzt ist, macht sich bei der hiesigen Kollegenschaft eine Nuße bemerkbar, die besonders durch den schlechten Versammlungsbesuch zum Ausdruck kommt. Und doch läßt es sich nicht leugnen, daß, nachdem wir endlich einen einigermaßen annehmbaren Tarif geschaffen haben, derselbe trotz-

dem nicht auf der gewünschten Höhe steht. Wollen wir daher etwaige Mängel, die vorhanden sind — zu beheben ist besonders auf die Ausschaltung unserer Kolleginnen und der Hilfsarbeiter —, beim nächsten Tarifabschluß vermeiden, so muß jetzt schon diese begabige Nuße gebrochen und zielbewußte, energische Agitation betrieben werden. Agitation ist ja auch vor und während unserer Tarifbewegung mit gutem Erfolg geleistet worden. Die zahlreich erfolgten Neuaufnahmen sind der Beweis hierfür. Aber leider hat sich dabei der leidige Mißstand herausgebildet, daß die neugewonnenen Kollegen ebenso schnell wie gewonnen wieder verschwanden. Wie viele sind nicht dabei, die das Beitragszahlen vergessen, selten die Versammlungen besuchen und dann beim Quartalsabschluss wegen Reste gestrichen werden müssen. Deshalb hat sich auch bereits die Ortsverwaltung des längeren in den stattgefundenen Sitzungen mit dieser Mißere beschäftigt, wozu bestimmte Vorschläge erfolgten, die, wenn sie allerorts durchgeführt werden, Verbesserung versprechen.

Ein ernstes Mahnwort richten wir deswegen an alle Kollegen, sich mehr wie bisher ihrer gewerkschaftlichen Pflicht bewußt zu werden. Es ist doch ein Leichtes, alle 14 Tage dem Verbands-, unserer Organisation, nur einige Stunden zu widmen. Dann werden ebenfalls die Klagen über nicht interessante Versammlungen verschwinden, beratend und helfend werden alle Mitglieder der Ortsverwaltung zur Seite stehen. Mögen daher alle diese Worte beherzigen und recht bald zur Tat werden lassen, dann muß und wird es auch bei uns besser werden, zum Wohle und Nutzen unseres Verbandes.

Gedenken wir doch weiter einmal der großen Arbeit, die noch innerhalb der Kartonnagenbranche zu leisten ist. Zurückstehen darf dieselbe nicht, es muß auch dieserhalb umgehend mit der Beaderung dieses steinigten Bodens begonnen werden. Der Ortsverwaltung ganz allein diese Arbeit aufzubürden, hieße etwas Unmenschliches verlangen. Wenden wir daher die jegige Tarifperiode dazu, treiben wir überall da, wo sich uns Gelegenheit bietet, Agitation, so wird auch dann die Kartonnagenbranche ihrer Mutterbranche nicht nachstehen. Wenn wir die Zahl der organisierten Kartonnagenarbeiter der großen Zahl der indifferenten Kollegen gegenüberstellen, so muß man sich unwillkürlich fragen, wann endlich kommt die Zeit, wo auch das Klassenbewußtsein dieser Arbeiter erwacht? Dazu kommt noch die eigenartige, mit Verleumdungen und Entstellungen arbeitende Herkale Kampfweise, die es besonders auf die freien Gewerkschaften abgesehen hat. Doch auch trotzdem ist die Zahl der freien Verbandsangehörigen fortläufig im Steigen begriffen; die Macht des Kapitalismus, der auch in Köln üppig ins Kraut schießt, hat den denkenden Arbeitern längst die Notwendigkeit ihrer Zugehörigkeit in unseren Gewerkschaften bewiesen. Trotzdem muß immer wieder der Ruf nach Fortbildung und Aufklärung in allen die Arbeiterkraft interessierenden Angelegenheiten, auch besonders unserer Kollegenschaft, erhoben werden. Haben wir daher unsere Kollegen zu pünktlichen Beitragszahlern und Versammlungsbesuchern erzogen, so wird es uns dann nicht schwer fallen, einen großen, gutgeschulten Stamm Verbandskollegen zu erhalten.

**Kürnberg-Fürth.** Das Interesse der Kollegen und Kolleginnen in hiesiger Zahlstelle am Verbandsleben ist ein sehr großartiges, und die Mitglieder- und Werkstubeversammlungen und sonstige Sitzungen sind stets überfüllt. Wir müssen uns sogar nach größeren Räumlichkeiten umsehen. — Nicht wahr, Ihr lieben Kollegen und Kolleginnen, das wäre herrlich, wenn wir so sagen könnten. Aber leider ist gerade das Gegenteil richtig. In einem Industriegebiet, wie so leicht ein zweites nicht zu finden ist, herrscht in unserer Branche eine grauenhafte Interessellosigkeit. Wir haben aber auch gar zu rofige Lohn- und Arbeitsbedingungen. Löhne der männlichen Arbeiter: 15—20 Mk., die der weiblichen: 6—9 Mk. Wenn die Kollegen und Kolleginnen nur über ihre Lage nachdenken würden, wie sie leben, sich kleiden und wohnen, da müßten ihnen die Augen von selbst aufgehen. Speziell in Nürnberg, wo die Lebensmittel- und Mietpreise ins Unerblichste steigen. Aber trotzdem werden die Versammlungen geschwängt.

Nach dem neuen Ortsstatut werden die Versammlungen nach Bedarf abgehalten, und auf Wunsch vieler Mitglieder Sonnabends. Wir wissen ganz gut, daß ein großer Teil der Mitglieder ihre Abende in Regel- und sonstigen Klubbvereinen zubringen. Bloß für den Verband hat man keine Zeit, da hat man allerlei Ausreden. Es werden der Verwaltung immer Wünsche und Anträge geschickt, aber selbst mitarbeiten, agitieren, da läßt man hübsch die Finger davon. Dieser Zustand muß einfach ein anderer werden. Die Kollegen und Kolleginnen müssen selbst einmal Hand anlegen und agitieren bei jeder Gelegenheit und dafür sorgen,

daß der Versammlungsbefuch ein anderer wird. Wir müssen uns die Unternehmer zum Beispiel nehmen, wie dieselben sich zusammenschließen und große Ringe bilden. Und das doch nicht zum Vergnügen, sondern um bei Gelegenheiten die Arbeiter niederzuknien, wenn dieselben von dem Profit etwas verlangen, den sie durch ihrer Hände Arbeit und ihren Fleiß geschaffen haben. Die Unternehmer fragen nicht danach, ob die Arbeiter mit ihrem Lohn auskommen.

Aber die Arbeiter sind gerade das Gegenteil; sie zersplittern und zerreißen ihre Kräfte, sterben fast an Meid, wenn einer 1 Mk. mehr hat; viele sind um ihre „Lebensstellungen“ besorgt, und doch hat gerade jetzt in dieser schweren Krisis mancher schon am eigenen Leibe verspüren müssen, was es mit der Lebensstellung für eine Bewandnis hat. Und wie werden denn die Arbeitslosen behandelt? Ein hiesiger Rechtsrat nennt sie bloß „arbeits-scheues Gefindel“. Da sollte denn doch den Arbeitern die Schamröte ins Gesicht steigen ob solcher Beschimpfungen. Wenn die Arbeiter jahrelang ihre Knochen zu Marke getragen, den Unternehmer zum Wohlstand gebracht, und sich selbst kaum vor dem Verhungern behauptet haben, dann wirft man sie aufs Pflaster. Unsere Mitglieder sollten sich andere Verbände zum Beispiel nehmen und wie diese regsam bleiben.

Auch die Kollegialität muß besser gepflegt werden. Manche Anregung wird gegeben, die man verwerten kann, wenn sich die Kollegen öfter treffen. Wir müssen das Ziel erreichen, das wir uns gesteckt haben: günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fordern. Darum ist neben dem Lesen des Verbandsorgans auch das Studium der Arbeiterpresse, wo unsere Interessen vertreten werden, notwendig.

Stuttgart. Die hiesige Zahlstelle hat folgende Eingabe an das württembergische Ministerium des Innern gerichtet:

„Seit mehreren Jahren besteht im Buchbinder-gewerbe Stuttgarts eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dahingehend, daß der Deutsche Buchbindertarif, wie solcher zwischen dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband festgestellt worden ist, auch in Stuttgart volle Gültigkeit haben soll. Danach ist im Buchbinder-gewerbe Stuttgarts die neun-

stündige Arbeitszeit mit festbegrenzten Mindest-löhnen bei Stunden- wie bei Akkordarbeit-Ent-lohnung eingeführt.

Reider gibt es aber noch eine Anzahl Buch-bindereinhäber, die sich der Vereinbarung nicht an-schließen und durch Minderentlohnung und längere Arbeitszeit in der Lage bleiben, wollen, den tarif-freuen Firmen Arbeitsaufträge durch Unterangebot entgegen oder vorenthalten zu können, die also, kurz gesagt, den die Vereinbarungen gewissenhaft einhaltenden Firmen Schmutzkonzurrenz machen. Die Vereinigung Stuttgarter Buchbinderbesitzer hat sich deshalb an die städtischen und staatlichen Behörden mit der Bitte gewendet, bei Vergebung von Arbeiten die tariffreien Firmen berücksichtigen zu wollen, d. h. den die Schmutzkonzurrenz treiben-den Firmen Aufträge nicht mehr zu erteilen. Dieser Eingabe der Vereinigung Stuttgarter Buchbinder-eibesitzer schließt sich die ergebnis unterfertigte Or-ganisation vollständig an. Es dient sowohl Staat wie Gemeinde, wenn durch getroffene Verein-barungen gesunde Entwicklung durch garantiertes friedliches Zusammenarbeiten von Geschäftsinhabern und Arbeitspersonal in einem Gewerbe vorhanden ist. Wenn die berechtigten Behörden auch ihrer-seits mit beitragen, friedliche Verhältnisse in solcher Tarifvereinbarung nicht stören zu lassen, so werden sie Dank von den guthandelnden Arbeitgebern wie Arbeitnehmern erhalten.

**Hochachtungsvoll**  
Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Stuttgart.  
J. A.: Johs. Fren, Sekretär, Stuttgart,  
Ehlinger Straße 19.“

Als nicht tariffreie Firmen sind uns bis jetzt bekannt:

- Louis Vertsch, Gerberstr. 25;
- E. Kraushaar Wwe., Hofbuchbinder, Gymnasium-straße 16;
- Samuel Mayer, Hofbuchbinder, Gymnasiumstr. 35;
- Karl Mollenberger, Hofbuchbinder, Eberhard-straße 13.“

**Für unsere Zahlstellenbibliotheken.**

Die Generalkommission beauftragte den Neu-druck der Jahrgänge 1890 bis 1899 des „Corre-spondenz-Blattes“. Da noch eine Anzahl Exemplare zum Preise von 12 Mk. (alle Jahrgänge 1890 bis

1899 zusammen) zu haben sind, so bietet sich für die Kollegen nach die Ortsverwaltungen Gelegen-heit, ihre Bibliotheken zu ergänzen.  
Der fünfte Internationale Bericht über die Ge-werkschaftsbewegung (1907) ist ebenfalls im Verlag der Generalkommission erschienen und zum Preise von 0,70 Mk. zu beziehen.

Bestellungen auf vorgenannte Werke sind direkt an die Generalkommission zu richten und ist bei Bezug auch direkt dorthin zu zahlen.

**Adressenänderungen.**

**Gaubevollmächtigte.**  
Gau 17. Gaubozort München: Fr. Kienle, Badorstr. 61, IV.

**Dertliche Bevollmächtigte.**  
Mainz. Fr. Süß, Görzstr. 2/10c (Görzstiftung).  
Potsdam-Rovawes. W. Förster, Potsdam, Saarmunder Straße 18, III I. b. Wippich.

**Unterstützungsausgabier.**  
Würzburg. H. Gathaus „Stadt Mainz“, Semmelstraße.  
Gera. Z. Fr. Mattheis, Altenburger Straße 10, 2 Tr., von 12-1 und 7-8 Uhr.

**Briefkasten.**

§. 2. in Dr. Der Bericht konnte nicht mehr untergebracht werden. Er ging zu spät hier ein.  
Zurückgestellt infolge Raummangels mußte werden: Die deutschen Gewerkschaftsartelle im Jahre 1908. II.

**Literarisches.**

**Reinworth.** Dieser historische Roman des berühmten schottischen Romanschriftstellers Walter Scott wird von den Lesern der Wochenschrift „In Freien Stunden“ mit außerordentlichem Interesse gelesen. Auch die realistische Stizze Heijermans „Trinette“ findet viel aufmerksame Leser. Die Zeitschrift „In Freien Stunden“, von der uns die Hefte 18 und 19 vorliegen, erscheint wöchentlich zum Preise von nur 10 Pf. Probenummern gratis und portofrei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin E. B. 68.

**ANZEIGEN**

**Dresden.**  
Am 22. Mai 09 verschied nach längerem Krankenlager unser Mit-glied, die Kartonnagenarbeiterin  
**Margarete Fischer**  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.

Unserem werten Mitgliede, dem Schriftführer Kollegen  
**R. Michael**  
ein herzliches Lebenswohl zu seiner Abreise.  
Die Ortsverwaltung Augsburg.

Unserm Kollegen  
**Wilhelm Henning**  
zu seiner Verlobung mit Fräulein  
**Hedwig Hofmann**  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Firma  
Busch & Loele, Arnstadt.

**Tüchtiger Stuismacher**  
gesucht für Stuis und Etalagen.  
Deutsche Glas- und Metallwaren-Gel., Köln (Rhein), Masstrichterstr. 49.

**Tüchtiger Linierer** für ein-fel-tige  
Förste & Kromm-Maschine auf Sortiment per sofort gesucht.  
Carl Cauer, Geschäftsbücherfabrik, Stuttgart.

**Berlin!**  
Freitag, den 18. Juni 1909  
**Gemeinsamer Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem.**  
Treffpunkt um 10 Uhr morgens im Restaurant Birkenwäldchen in Steglitz, Schützenstraße.  
Abmarsch um 10 1/2 Uhr über den Fichteberg nach dem Botanischen Garten.  
Beginn der Besichtigung mit Führer um 11 Uhr (dieselbe währt ungefähr 2 Stunden).  
Nach der Besichtigung:  
**Gemeinsamer Spaziergang nach dem Grunewald.**  
Endstation „Alte Fischerhütte“, dortselbst Familien-KaffeeLochen.  
Billett für die Besichtigung kostet 25 Pf. Die Teilnehmer dieser Partie erhalten jedoch nach der Besichtigung beim Austritt aus dem Garten die 25 Pf. wieder zurück.  
Billetts sind bis zum 5. Juni auf dem Bureau sowie bei den Vertrauenspersonen zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

**Papierhandlung**  
im Vorort Berlins wegen Kränklichkeit der Besitzerin zu verkaufen. 12 000 Umsatz. Bedeutend steigungsfähig. Vor-züglich für Buchbinder passend, da Mangel an solchen. Offerten unter G. R. 311 bef. Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 108.  
**Buchbinder-Handwerkszeug, Presse etc.**  
billig veräußert.  
Bahlke, Berlin, Mübaerstr. 201.

Durchaus tüchtigen und sicheren  
**Hand-Vergolder**  
berlangt  
W. Collin, Hofbuchbinder,  
Berlin, Leipzigerstr. 19.

**Werkzeug-Klement**  
Leipzig, Ceeburgstr. 36  
hält seine Erzeugnisse bestens empfohlen.

**Patzenhofer-Ausschank**  
Weißbier-Lokal.  
Billard und Vereinszimmer.  
**Edten Breslauer Korn.**  
Speisen und Getränke in bekannt. Güte!  
**Eugen Lenk, Berlin SO.,**  
Schöneleinstraße 7 (am Höhenstaufenplatz).



**Papier- u. Lederwaren**  
Buchbindereibedarf  
Kostenfreier  
Arbeitsnachweis für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

**Inserate** finden nur Aufnahme  
wenn ihnen der Betrag  
beigefügt ist.